

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

SAP-Demonstration verboten

Wichtige Demonstration Berliner Arbeiter  
Harzburger Pläne

Osthilfe-Skandal breitet sich aus

Kohlenwagen werden gestürmt

Berliner Korruptions-Skandal

Was verdienen die Ruhrkohlen-Barone?

## Furchtbares Blutbad in Dresden

Pollzei schießt bei Auflösung einer kommunistischen Versammlung — 9 Tote und zahllose Schwerverletzte — SAP fordert geschlossenen Abwehrkampf

### Abrüstung und Geschäft

Am 31. Januar wird in Genf der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes zu einer neuen Tagung zusammengetreten. Unsere grundsätzliche Stellung zu den Genfer Abrüstungsdebatten ist bekannt. Trotzdem ist es vielleicht ganz nützlich, mit einigen neuen Tatsachen den Stand der Abrüstungsfrage zu beleuchten.

In diesen Tagen hat zunächst das Büro der Abrüstungskonferenz seine Beratungen wieder aufgenommen. Man hat zwar zum eigentlichen Problem der Abrüstung nichts gesagt, wohl aber wurde zwei Tage lang über die Frage diskutiert, wie die Abrüstung, wenn sie einmal zustande gekommen sei, international kontrolliert werden könne. Eine merkwürdige Reihenfolge der Beratungsgegenstände! Die Erklärung dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß man um die kritischen Fragen herumgeht wie die bekannte Katze um den ebenso bekannten heißen Brei.

Immerhin hat es auch bei der vorläufig ja rein theoretischen Frage der internationalen Kontrolle allerhand Meinungsverschiedenheiten gegeben, wobei der Vertreter der deutschen Regierung (meist unterstützt von dem Vertreter Italiens) bemerkenswerterweise immer gegen alle Beschlüsse war, die irgendwie die Möglichkeit einer wirklich wirksamen internationalen Kontrolle geboten hätten. Eine besondere Rolle spielte hierbei die Frage, wie man solche Personen schützen könne, die der Abrüstungs-Kontrollkommission Mitteilungen über angebliche oder tatsächliche Verstöße ihrer Regierungen gegen die Bestimmungen der Abrüstungskonvention machen dürfen. Wenn die internationale Kontrolle überhaupt einen Sinn haben soll, so müßten natürlich diese Ankläger gegen unerlaubte Rüstungen vor Landesverratsprozessen geschützt werden. Im Büro der Abrüstungskonferenz war aber für diese Frage keine Lösung zu finden. Bezeichnend ist, daß wiederum der deutsche Vertreter am schärfsten gegen solche Schutzbestimmungen opponierte; nach deutscher Auffassung wäre das, so erklärte er, eine Prämie auf Landesverrat!

Auf solche Weise offenbart sich herrlich der deutsche „Wille zur Abrüstung“. Andere Kennzeichen weisen in die gleiche Richtung. Zu dem Feldzug, der in der ganzen bürgerlichen Presse Deutschlands für die Miliz, also für die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht in Gang gebracht worden ist, kommt jetzt eine systematische, offensichtlich von einer Stelle ausgehende Propagandawelle für deutsche Aufrüstung zur See. Die „Hamburger Illustrierte“ hat ein Sonderheft zu diesem Thema herausgebracht und in großer Auflage verbreitet. Die Hugenbergpresse insgesamt nimmt diese Parole auf und fordert vor allem, daß Deutschland wieder die Möglichkeit gegeben werde, sich eine moderne U-Boot-Flotte zu schaffen.

Daneben nimmt der Rummel für den sogenannten Luftschutz von Tag zu Tag an Umfang zu. In allen größeren Städten finden sogenannte Luftschutzübungen statt und werden Luftschutzausschüsse „auf breiterster nationaler Grundlage“ gegründet. Das schlimmste ist, daß SPD und freie Gewerkschaften und die anderen reformistisch geführten Arbeiterorganisationen auch in dieser Frage nicht die Haltung einnehmen, die einem konsequenten

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Dresden, 26. Januar.

Am Mittwoch abend hat die Dresdner Polizei bei der Auflösung einer kommunistischen Versammlung ein Blutbad angerichtet, wie man es selbst in unseren Tagen in Deutschland bisher nicht gewohnt war. Man muß schon in die Zeiten des zaristischen Rußland zurückgehen, um Vergleichsmotive für das Wüten der Polizeikosaken zu finden. 9 Tote und eine große Zahl von Schwerverletzten sind die Opfer dieser furchtbaren Geschehnisse.

In der Versammlung, die vom Kampfband gegen den Faschismus nach dem großen Saal des Keglerheims einberufen worden war, sprach Oberleutnant a. D. Fraedrich. Als der Redner ausführte, daß die Arbeiter den Faschisten mit den gleichen Mitteln antworten müßten, mit denen sie von ihnen behandelt würden, wurde die Versammlung wegen „Auffreizung zu Gewalttätigkeiten“ von dem überwachenden Beamten der politischen Abteilung für aufgelöst erklärt.

In diesem Augenblick drang uniformierte Polizei, die in Bereitschaft gestanden hatte, mit gezogenem Revolver in den Saal.

Das mußte in der Versammlung naturgemäß als ungeheuerliche Provokation wirken. Als sich dann bei der erzwungenen Auflösung der Versammlung an dem besonders engen Ausgang des Saales die Massen stauten und Tumulte entstanden,

zog ein Beamter seinen Revolver und gab den ersten Schuß ab.

Darauf schossen auch die anderen Beamten in die Masse, wobei es besonders auffiel, daß die Beamten sichtlich auf die Köpfe der Versammlungsbesucher zielten. So erklärt es sich auch, daß bei den Toten und Verwundeten fast ausschließlich Kopf- und Rückenschüsse festzustellen sind.

5 Personen waren sofort tot, 4 weitere sind auf dem Transport (die Krankenwagen waren erst nach 1 1/2 Stunden zur Stelle!) gestorben.

Wieviele Todesopfer noch bei den jetzt schwerverletzt Daniederliegenden zu verzeichnen sein werden, ist zur Stunde noch nicht zu sagen.

Der Bericht des Dresdner Polizeipräsidenten, dessen unrichtige und einseitige Darstellungen schon aus zahlreichen früheren Fällen bekannt sind, spricht natürlich in der üblichen Weise davon, daß die Beamten sich in der Notwehr befunden hätten und deshalb von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Bezeichnend ist aber, daß auch der Bericht des Polizeipräsidenten

nicht eine einzige Verletzung auch nur eines einzigen Polizeibeamten

melden kann. Schon durch diese Tatsache wird das Vorgehen der Polizei eindeutig gekennzeichnet.

Die Dresdner Polizei hat in letzter Zeit besonders viel von sich reden gemacht, als sie in fast beispielloser Weise die nationalsozialistischen Bombenmörder im Fall Hentsch entweichen ließ. Aus zahlreichen früheren Vorfällen ist das ungewöhnlich brutale Vorgehen der Dresdner Polizei (in der zahlreiche Nazi-Offiziere eine führende

Rolle spielen) bekannt. Der jetzige Vorgang übertrifft allerdings alles, was man bisher in dieser Art in Dresden und in Deutschland überhaupt erlebt hat.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Groß-Dresdens hat sich sofort am Donnerstag früh an die Leitungen der SPD, des ADGB und der KPD mit einem dringenden Schreiben gewandt. In diesem Schreiben wird folgendes gefordert:

1. Eine Kundgebung der gesamten Dresdner Arbeiterschaft.
2. Proteststreik aller öffentlichen und privaten Betriebe am Tage der Beisetzung der Opfer.
3. Untersuchung der Vorgänge, Bestrafung und Amtsenthebung der beteiligten Beamten, insbesondere des Polizeipräsidenten und seines politischen Beraters, Dr. Pfotenbauer.
4. Bildung eines überparteilichen Kampfausschusses.

Diese Forderungen unserer Dresdener Genossen entsprechen den Notwendigkeiten der Situation. Sie werden in ganz Deutschland Zustimmung und Unterstützung der klassenbewußten Arbeiterschaft finden. In unserem gestrigen Leitartikel haben wir die Parole

„Neue Offensive für die proletarische Einheitsfront“

ausgegeben. Die erschütternden und empörenden Ereignisse in Dresden zeigen erneut, wie dringend notwendig die Bildung einer geschlossenen proletarischen Abwehrfront ist.

Zum Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror und gegen das brutale Wüten der Polizeigewalt muß die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft unter einheitlicher Führung zusammengefaßt werden!

### Gregor Straßer in den Orkus

(Eigene Meldung der „SAZ“)

Dresden, 25. Januar.

CNB. Die Dresdener Nazis hatten im Sommer vorigen Jahres ein „Braunes Haus“ auf der Wiener Straße in der Nähe des Hauptbahnhofes erstunden. Mit großem Pomp wurde eines Sonntags die Nazistätte geweiht und zu Ehren Gregor Sträubers an der Fassade des Hauses in großer roter Schrift auf weißem Grund mit schwarzer Umrahmung die Worte „Gregor-Straßer-Haus“ angebracht. Bei den Weihefeierlichkeiten wurden hochtönende Reden geschwungen, daß das Haus „künftig und für alle Zeiten“ den Namen des großen Naziführers tragen werde. Essig ist! Seit vergangener Sonntag ist die Aufschrift „Gregor-Straßer-Haus“ im Dresdener Braunes Haus auf der Wiener Straße verschwunden.

## SAP-Demonstration verboten

Die Polizeihilfe für die Nazis

Breslau, 26. Januar.

Die von der SAP Breslaus für kommenden Sonntag geplante Demonstration unter der Parole: „Front gegen die Braunen Häuser“ ist vom Polizeipräsidenten mit der Maßgabe verboten worden, daß ein Vorbeimarsch an den Nazikasernen in der Bischofstraße und der Neudorfstraße eine Provokation darstelle und daher nicht geduldet würde.

Dieses Verbot bestätigt erneut, daß die Polizei ihre Hauptaufgabe darin sieht, sich schützend vor die Nazihorden zu stellen.

Kampf gegen die Vorbereitung des nächsten Krieges entsprechen würde. Im Gegenteil: das Organ des Deutschen Luftschutzverbandes, die „Luftschutz-Rundschau“, kann triumphierend mitteilen, daß verschiedene sozialdemokratische Tageszeitungen und Gewerkschaftsinstanzen durchaus den Standpunkt einnehmen, der für die Durchführung des nationalen Luftschutzes wünschenswert ist. Es ist beschämend, in diesem nationalen Organ zu lesen, daß eifrigerweise eine vollständige Übereinstimmung mit dem freigewerkschaftlichen Standpunkt verzeichnet werden darf!

Zugleich zeigt dieses neueste Heft der Luftschiff-Rundschau erneut, wie sehr hinter all diesen „nationalen und selbstlosen“ Bestrebungen der kapitalistische Profit steht. Der Industrieverlag Düsseldorf, der den Druck und die Anzeigenverwaltung dieser Zeitschrift besorgt, hat bereits eine ganze Reihe von Interessenten für das Luftschutzgeschäft gefunden. Da offeriert das Draeger-Werk (Lübeck-Berlin-Essen-Beuthen-Wen) Geräte für Gasschutz und Wiederbelebung; die Auer-Gesellschaft (Berlin) hat Gasmasken, Atemfilter, Raumfilter und

Sauerstoffgeräte anzubieten; die berühmte chemische Fabrik Dr. Hugo Stolzenberg (Hamburg) hat eine reiche Auswahl an Vollblech-Gasmasken, Maskenprüfmateriale, Übungsbrandsätze, Nebelgeräten, Schutzkleidung, Sanitätsgerät gegen Ultraviolette auf Lager; die Hanseatische Apparatebau-Gesellschaft (Kiel) offeriert Brandsätze, Nebelbüchsen und Reizstoffe als Material für Luftschutzübungen; die Firma Erwin Remy (Essen) ist besonders vielseitig; sie hat neben Rauch- und Reizgasen für die Ausbildung, Sanitätsmaterial und Rettungsbedarf sowie allem

# Osthilfe-Skandal immer toller

## Neue unerhörte Fälle aufgedeckt

nwendigen für die Einrichtung von Gas-  
schutzanlagen auch Trauböhren für  
den Luftschutz zur Hand.

Man sieht auch der Luftschutz, der  
tougste Zweig der Rüstungsindus-  
trie, ist bereits ein einträgliches  
Geschäft, an dem bald Tausende von  
Kapitalisten interessiert sein werden. An  
diesem Profitinteresse scheitert im Rahmen  
des Kapitalismus jede ernsthafte Abrüstung!

Diese Geschäftsinteressen  
reichen bis zu den engsten Kreisen  
der sogenannten Abrüstungs-  
konferenz hinein. Gerade rechtzeitig  
zur Wiederaufnahme der Abrüstungsver-  
handlungen kommt eine (absolut zuver-  
lässige) Mitteilung, die den englischen  
Staatssekretär Sir John Simon,  
Hauptdelegierten zur Ab-  
rüstungskonferenz, betrifft. Dieser  
führende englische Politiker und besondere  
„Sachverständige“ für Abrüstungsfragen  
entwirft sich als vielfacher Aktienbesitzer  
der Imperial Chemical Indus-  
tries, einer Gesellschaft, die das wesent-  
lichste Bindeglied zwischen dem britischen  
Chemiestraße und dem größten britischen  
Rüstungskonzern (Vickers-Ar-  
mstrong) darstellt. Während Sir John Simon  
schonungsvolle Reden für die Abrüstung hält  
weisen seine Gedanken bei dem Stand der  
mehr als 1500 Aktien, mit denen er an der  
Fortsetzung des Weltkräftens interessiert ist.

Immerhin: er kann für sich in Anspruch  
nehmen, keineswegs allein vom Pro-  
fit der Rüstungsindustrie ein herrliches Leben  
zu führen. Wenn wir für heute nur bei den  
gegenwärtig amtierenden eng-  
lischen Staatsmännern bleiben, so  
ist Staatssekretär Simon mit seinen 1500  
Aktien noch ein Waisenknabe gegen den  
englischen Finanzminister Neville  
Chamberlain, der nicht weniger als  
11747 Aktien des Chemiestraße besitzt. Und  
unter den Aktionären des Rüstungskonzerns  
Vickers-Armstrong findet man den Staats-

Der Haushaltsausschuß des Reichstages  
setzte am Mittwoch die Aussprache  
über die Osthilfe fort. Als erster Red-  
ner erklärte der Sozialdemokrat Helbig, das  
Bedauerliche der ganzen Aussprache seien  
die Versuche, alles weiß zu waschen und es  
so darzustellen, als ob gar nichts passiert  
wäre. Damit stehe in wohlthuendem  
Gegensatz das, was man von den Herren  
der Regierung selbst gehört habe (!). Die  
Sozialdemokratie sei nicht gegen die durchaus  
notwendige Hilfe für die Landwirtschaft, son-  
dern lediglich gegen ein System der Sonder-  
hilfe für eine kleine Sonderschicht der Be-  
völkerung. Immer würden zuerst die Groß-  
grundbesitzer umgeschuldet, und zwar bevor-  
zugt diejenigen, die die vornehmsten  
Beziehungen hätten. Häufig sei mit be-  
stimmtem Dreh die Umschuldung dop-  
pelt und dreifach vorgenommen  
worden.

Der Zentrumsabgeordnete Ersing trug  
eine Reihe weiterer skandalöser Fälle

vor. So erwähnt er, daß die beiden  
Gräfin von Kaysersberg im Kreise  
Striegau in zwei Jahren fast 700 000 Mark  
Schulden gemacht haben, während sich ihr  
ansehenliches Vermögen in der  
Schweiz befindet. Die Umschuldung des  
Herrn v. Quast-Radensteden erfolgte  
auf besondere Anweisung des  
Reichskommissars. Der Leiter des  
Finanzamtes Ruppig hatte bei Weiterreichung  
des Antrages bemerkt die Schulden des An-  
tragstellers seien entstanden, weil er

sein Vermögen verspielt, verhurt und  
versoffen

habe. Trotz dieser Beschuldigungen entschied  
das Reichskommissariat, daß er umgeschuldet  
werde, da der Besitz seit mehreren Jahrhun-  
derten der Familie gehöre. Die Umschuldung  
erfolgte derart, daß ihm u. a. eine Umschul-  
dungs-Hypothek von 250 000 Mark und außer-

dem ein Darlehn von 31 000 Mark gewährt  
wurde.

Der Herr von Schoenermark-Harnekkopp ist  
auf besondere Veranlassung des jetzigen  
Ministers von Braun

umgeschuldet worden. Die Landstelle war  
gegen die Umschuldung, weil es sich um  
betriebsfremde Schulden handele. Herr von  
Braun aber verfügte, daß die Umschul-  
dung nach den hohen Werten eines anderen  
Gutachters zu erfolgen habe.

Besonders bedenklich ist der Fall des  
Rittergutsbesitzers Willy Kroeck auf Tiefen-  
kamru in Kreis Wehlau. Dieser hatte sich am  
16. Juli 1931 wegen Bettuges zu verant-  
worten. Er hatte seinerzeit Osthilfe beantragt.  
Seine Ehefrau hatte auf dem Gute eine Hypo-  
thek von 50 000 Mark stehen. Gleichzeitig mit  
dem Antrag auf Osthilfe stellten sich „eheliche  
Differenzen“ ein. Die Frau verlangte eine Ent-  
schädigung, und es wurde ihr der gesamte  
Viehbestand in Höhe von 60 000 Mark über-  
geben. Im Jahre 1927 war Tiefenkamm auf  
550 000 Mark geschätzt. Nach dem Antrag  
auf Osthilfe verlangte die Landesbank eine  
neue Schätzung. Der Rittergutsbesitzer führte  
dabei dem Taxator den prächtigen Vieh-  
bestand vor, verschwieg aber, daß er  
ihm nicht mehr gehöre. Infolgedessen  
wurde die frühere Schätzung für zutreffend  
erklärt.

Darauf wurden 154 000 Mark aus Mitteln  
der Osthilfe ausbezahlt.

Kurz darauf mußte der Rittergutsbesitzer in  
Konkurs gehen. Bevor das Gut unter den  
Hammer kam, verschleuderte Frau Kroeck den  
Viehbestand für 36 000 Mark und stellte das  
Geld ihrer 20jährigen Tochter als Bietungs-  
kaution zur Verfügung. Die Tochter er-  
steigerte das Gut.

Die Familiensanierung war geglückt.  
Die ehelichen Differenzen hörten auf.

Der Herr Rittergutsbesitzer lebt jetzt mit  
seiner Frau in Köslin von den Erträgen  
des von der Tochter verwalteten Gutes. Im  
Prozeß beantragte der Staatsanwalt für den  
Rittergutsbesitzer sechs Monate Ge-  
fängnis. Das Urteil lautete auf 400 Mark  
Geldstrafe.

Nach weiterer Debatte wurden zahlreiche  
Anträge auf Nachprüfung der einzelnen  
Mißstände angenommen.

Gegen die Stimmen der Deutsch-  
nationalen stimmte der Ausschuß einem  
sozialdemokratischen Antrag zu, der den  
Rechnungshof ersucht, die Umschuldung aus  
Osthilfsmitteln und den Einsatz des Betriebs-  
sicherungsfonds sofort einer eingehenden Prü-  
fung zu unterziehen und über das Ergebnis  
einen ausführlichen Bericht zu erstatten, der  
sofort dem Haushaltsausschuß vorgelegt wer-  
den soll. Die weitere Beratung der Osthilfe-  
fragen soll dem ständigen Unteraus-  
schuß überwiesen werden, der die noch er-  
forderlichen Auskünfte von der Regierung  
einholen soll.

Gegen die Stimmen der Deutsch-  
nationalen bei Stimmenthaltung  
der Nationalsozialisten (!) wurde  
der Antrag des Zentrums und der Bayerischen  
Volkspartei angenommen, wonach bei der  
Durchführung des Osthilfegesetzes landwirt-  
schaftliche Betriebe mit einer landwirtschaft-  
lich genutzten Fläche von mehr als 250 Hektar  
oder über 200 000 Mark Einheitswert von den  
Entschuldungsmaßnahmen des Gesetzes aus-  
genommen werden sollen.

wenn nicht gleichzeitig von dem Besitzer  
geeignetes Siedlungsland in ausreichen-  
dem Maße zur Verfügung gestellt wird.

Weiter wurde die Reichsregierung auf Antrag  
des Zentrums ersucht, Maßnahmen zu er-  
greifen, um die Industriebank zu verpflichten,  
die Umschuldung von Betrieben ohne die  
geforderte Landabgabe zur Neu- und Anlieger-  
siedlung nicht durchzuführen.

## Gewaltige Kundgebung der Berliner KP

Berlin, 25. Januar.

CNB. Auf dem Bülowplatz fand heute  
nachmittags als Protestaktion gegen die nationa-  
lsozialistische Veranstaltung vom Sonntag  
ein Massenaufmarsch der KPD statt. Schon kurz nach Mittag sammelten sich  
in den verschiedenen Stadtgegenden auf den  
größeren Plätzen die Züge zum Marsch in die  
Stadt. Überall wurden zahlreiche rote Fahnen  
und Transparente mit kommunistischen Partel-  
parolen mitgeführt. Auf dem Bülowplatz  
selbst sorgte ein großes Polizeiaufgebot für  
die nötigen Absperrungen. Die Beamten  
waren aber nur zu einem geringen Teil mit  
Karabinern ausgerüstet. Das Liebknecht-Haus  
war über und über mit Transparenten be-  
hangen. Außerdem sah man drei große Bilder  
von Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin. Vor dem Haupteingang  
hatte man eine große Tribüne aufgebaut, auf  
der zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees  
unter Führung von Thälmann erschienen.  
Unter den Klängen einer Kapelle setzte dann  
der trotz der Kälte

mehrere Stunden dauernde Vorbereitungs-  
marsch der Menschenmassen

ein.  
Die SAP Berlin beteiligte sich eben-  
falls an diesem Aufmarsch, um ihren Willen  
zur proletarischen Einheitsfront zu bekunden.  
Sie wird auch an der antifaschistischen Kund-  
gebung der SPD am kommenden Sonntag  
teilnehmen.

sekretär für Krieg, den Ackerbau-  
minister und wie sollte in diesem Zu-  
sammenhang die Kirche fehlen! den  
Lord-Bischof von Hereford. Diese  
Hauptaktionäre der britischen Rüstungsindus-  
trie (und in den anderen kapitalistischen  
Staaten ist es kein Haar anders) be-  
stimmen den Gang der Politik ihres Landes,  
bestimmen den Verlauf der Abrüstungs-  
konferenzen.

Im Jahre 1931 wurden, nach einer sorg-  
fältigen Statistik, insgesamt 19 600 Millionen  
Mark für Rüstungen ausgegeben. Wer glaubt  
noch an Abrüstung im Kapitalismus?

## Prozeß Guilbeaux

Paris, 25. Januar.

W.TB. Der Prozeß gegen den französischen  
Schriftsteller Guilbeaux hat nunmehr vor dem  
Kriegsgericht begonnen. Der Angeklagte ver-  
wahrte sich gegen den Vorwurf, daß er gegen  
Frankreich gearbeitet hätte. Für die von ihm  
während des Krieges in der Schweiz heraus-  
gegebene Zeitschrift „Demain“ habe er aller-  
dings einen Mitarbeiter in der Person des  
ukrainischen Staatsangehörigen Rosenberg ge-  
habt, aber auch der Schriftsteller Roman  
Rolland habe sich für seine Zeitschrift, die  
pazifistische Charakter getragen habe,  
interessiert.

Nach dem Verhör Guilbeaux wurden eine  
Reihe von Belastungszeugen vernom-  
men, darunter zwei französische  
Polizeibeamte, die während der frag-  
lichen Zeit Auskünfte über Guilbeaux ge-  
sammelt haben. Der eine erklärte gestern vor  
dem Militärgericht, er könne sich jetzt nach  
15 Jahren auf nichts mehr besinnen;  
der andere sagte aus, er habe nichts Be-  
lastendes gegen Guilbeaux fest-  
stellen können.

## Die Pläne der Harzburger

### Hugenberg verhandelt mit Nazi-Frick — Weitere Ver- tagung des Reichstages um Zeit für den Staatsstreich zu bekommen

Die Hugenberg-Presse meldet:  
„Der gestrigen scharfen Erklärung der  
Deutschnationalen gegen die Regierung Schleicher  
ist heute eine lange Aussprache  
zwischen Geheimrat Hugenberg  
und dem nationalsozialistischen  
Abgeordneten Dr. Frick gefolgt. Diese  
Besprechungen stellen die Fortsetzung der  
Unterhaltung zwischen Hitler und Hugenberg  
dar. Sie dienen dem Ziel, alle Möglichkeiten  
eines gemeinsamen Vorgehens der sogenann-  
ten Harzburger Parteien und Gruppen zu  
untersuchen und festzustellen, ob es möglich  
ist, eine Verständigung so weit zu erzielen,  
daß ein breiter, im Volke fest verankerter  
Block einer neuen autoritären Regierung die  
erforderliche Grundlage geben könnte. Die  
Verhandlungen gehen von der gemeinsamen  
Ueberzeugung aus, daß das Kabinett  
Schleicher gestürzt werden, und daß  
eine neue autoritäre Regierung auf der  
Basis der Harzburger Front ge-  
bildet werden müsse. Eine Mehrheitsbildung  
unter Einschluss des Zentrums spielt bei den  
erwähnten Verhandlungen zwischen den  
Deutschnationalen und den Nationalsozialisten  
keine Rolle.“

Die Pläne und Maßnahmen zur Erreichung  
dieses edlen Zieles sind „auf längere Sicht“  
eingestellt, d. h. man ist sich bei den Harz-  
burgern noch nicht ganz einig, und daher soll  
um Zeit zu gewinnen, im Moment der Sturz  
des Schleicher-Kabinetts bzw. die Reichstags-  
auflösung dadurch vermieden werden, daß die  
Nazis und Deutschnationalen in der Ältesten-  
ratssitzung am 31. Januar für weitere Ver-  
tagung des Reichstages stimmen  
wollen. In der Hugenberg-Meldung heißt es:

„Kommt jetzt eine Vertagung des Reichs-  
tages zustande, dann besteht immerhin eine  
gewisse Möglichkeit, die Verhandlungen inner-  
halb der Harzburger Front so weit zu fördern,  
daß bei einer späteren Gelegen-  
heit die nationalen Oppositions-  
parteien geschlossen gegen die  
Regierung Schleicher stimmen  
und sie damit stürzen können, aber  
auch dann in der Lage sind, dem Reichspräsi-  
denten einen geschlossenen, weiteste Teile des  
deutschen Volkes umfassenden politischen  
Block als Grundlage einer autoritären Regie-  
rung zur Verfügung zu stellen.“

Schleicher versucht diese Pläne damit zu  
parieren, daß er erklären läßt,

„die Reichsregierung könnte sich mit einer  
Vertagung des Parlaments nur abfinden, wenn  
mit ihr ausdrücklich die Bereitswilligkeit einer  
Parlamentsmehrheit bekundet würde, der  
Regierung zur Durchführung ihrer Arbeiten eine  
ausreichende Gelegenheit auf lange Sicht  
hin zu geben, das heißt, die Vertagung müsse  
ausdrücklich eine Tolerierung auf  
längere Zeit hinaus darstellen. Es wird  
versichert, daß einer kurzfristigen Vertagung  
oder einem weiteren Andauern des gegen-  
wärtigen Schwebezustandes die Regierung  
sich widersetzen würde.“

Man sieht, ein echter Kuhhandel unter den  
„Erneuerern Deutschlands“. Aber ob Hugen-  
berg-Hitler oder Schleicher, immer geht  
es auf Kosten der Arbeiterklasse.

## Zukunftsdrohungen der SPD

Berlin, 25. Januar.

VDZ. In einer gemeinsamen Sitzung des  
Parteivorstandes der Sozialdemo-  
kratischen Partei Deutschlands  
und des Vorstandes der sozialdemokratischen  
Reichstagsfraktion am Mittwoch ist, wie das  
Nachrichtenbüro des VDZ meldet, folgender  
Beschluss gefaßt worden:

„Der Parteivorstand der Sozialdemokrati-  
schen Partei Deutschlands und der Vorstand  
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion  
erheben schärfsten Protest gegen den Plan der

## Nach der Naziprovokation Kommunisten-Verurteilung

Der nationalsozialistische Provokations-  
aufmarsch vom Sonntag auf dem Bülowplatz,  
der zu kommunistischen Gegenkundgebungen  
führte, beschäftigt nunmehr heute und morgen  
bereits das Schnellgericht. Eine größere An-  
zahl von Kommunisten — heute sind  
es zwölf — wird in ununterbroche-  
ner Reihenfolge dem Vorsitzenden,  
Amtsgerichtsrat Reulicke, vorgeführt, um sich  
wegen verschiedener Vergehen, wie unbefugtes  
Waffentragen, Nichtbefolgung polizeilicher  
Anweisungen, Widerstand gegen die Staats-  
gewalt, zu verantworten.

Der erste Angeklagte ist der sechsund-  
zwanzigjährige Kaufmann Herbert Stein-  
feld. Steinfeld wollte am Sonntag den  
Bülowplatz überqueren, wurde von einem  
Schupo fortgewiesen, und im gleichen Augen-  
blick wurde auch der Platz gekämmt. Stein-  
feld, der wegen eines ärztlich be-  
scheinigten Leidens nicht rasch  
genug vor der anstürmenden  
Polizei davonlaufen konnte, bekam  
einen Gummiknüppelschlag, den er  
mit einem Stoß gegen die Brust des Schupos  
erwiderte. Der Angeklagte wollte sich nun-  
mehr über den Beamten, der ihn seiner An-  
sicht nach zu Unrecht geschlagen  
hatte, beschweren; der Endeffekt war jedoch,  
daß Steinfeld selbst verhaftet und we-  
gen Widerstands nunmehr heute  
zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt  
wurde.

Der zweite Angeklagte, der abgeurteilt  
wird, der Arbeiter Hans Kurz, ist Mit-  
glied einer kommunistischen Häuserschutz-  
staffel. Er wurde schon in den frühen Mor-  
genstunden am Sonntag nach einer Schlägerei  
in der Nähe des Bülowplatzes mit einer Stahl-  
rute angetroffen und deshalb verhaftet. Dieser  
Fall wurde mit fünf Monaten Gefäng-  
nis liquidiert.

Ein Kommunist, der neben einem Demon-  
strationstrupp der SA hergelaufen war, wurde  
deshalb nach Waffen untersucht und im Besitz  
eines Gummiknüppels gefunden. Hier lautete

Proklamation eines sogenannten staatlichen  
Notstandsrechts. Seine Verwirklichung würde  
auf einen Staatsstreich hinauslaufen, der dem  
Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubte  
und jenen Klüften zugute käme, die ohne  
Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem  
auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen  
vertreten und dabei die Kritik des Parlaments  
zu scheuen allen Grund haben. Ein solcher  
Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand  
schaffen, gegen den jeder Wider-  
stand erlaubt und geboten ist.

Also wenn... wenn die Katz den Vogel  
gefressen hat, dann will die SPD auch etwas  
tun, dann will sie sogar Widerstand auch  
mit „unorbentlichen“ Mitteln leisten. Ueber diese  
Drohung können die Harzburger und Schleicher  
nur lachen. Sie wissen genau, daß selbst  
wenn die SPD nach dem Staatsstreich kämpfen  
wollte, sie dann nicht mehr könnte.

Der Kampf der Arbeiterklasse kann nur  
erfolgreich sein, und der endgültige Staats-  
streich kann nur verhindert werden, wenn  
jetzt, sofort mit Einsatz aller  
Machtmittel der Arbeiterorganisationen  
in außerparlamentarischen Mas-  
senaktionen Widerstand geleistet wird.

Das Urteil auf eine dreimonatige Ge-  
fängnisstrafe.

Wegen des Rufes „Nieder mit  
den Bluthunden“ gegenüber Polizei-  
beamten, wurde der Erwerbslose Richard M.  
zu sechs Monaten Gefängnis ver-  
urteilt!

Ein Kommunist Hermann P., der in Schön-  
eberg Plakate mit der Aufforderung zu  
kommunistischen Gegendemonstrationen an-  
geklebt hatte, erhielt drei Wochen  
Gefängnis!

Vier andere Angeklagte, wurden  
wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnun-  
gen und Widerstandes gegen die Staatsgewalt  
zu Strafen von zwei Wochen bis zu  
zwei Monaten Gefängnis verurteilt!

## Kleine Nachrichten

Görlitz, 25. Januar.

Nach kurzer schwerer Krankheit ist an  
den Folgen einer Lungengrippe Mittwoch  
früh der sozialdemokratische Abgeordnete  
des Wahlkreises 8 (Liegnitz), Richard  
Meier-Berlin, gestorben. Der Ver-  
storbene stand im 55. Lebensjahr. Sein Nach-  
folger wird Parteisekretär Alfred  
Haude-Görlitz.

Berlin, 25. Januar.

Als Abschluß des siebenten ordentlichen  
Verbandstages des Verbandes preussischer  
Polizeibeamter wurde sätzungsgemäß für zwei  
Jahre der ehemalige Kommandeur der Ber-  
liner Schutzpolizei, Heimannsberg,  
mit 99 Stimmen von 151 zum ersten  
Vorsitzenden gewählt. Heimannsberg  
erklärte, daß er den Verband parteipolitisch  
völlig neutral zu führen beabsichtige, wie es  
den Satzungen entspreche.

### Versammlung der Beton- und Steinarbeiter

Am 14. d. Mts. fand die verhältnismäßig gut besuchte (es waren zirka 65 Kollegen von 170 anwesend) Generalversammlung der Breslauer Beton- und Kunststeinarbeiter statt. Kollege Ohlig gab gleich zu Beginn der Versammlung bekannt, daß jeder Kollege, der in der Sierbekasse ist, an Stelle einer Weihnachtsunterstützung eine Biermarke erhält. (11)

Nach dieser Einführung wurde ein Lichtbildvortrag über „Eine Reise in U. S. A.“ vorgeführt. In diesem wurde gezeigt, wie bequem man heutzutage nach Amerika reisen könne, wie schnell sich einzelne Städte entwickelt hätten. Es wurden die Wolkenkratzer und Paläste der Reichen gezeigt, es wurde aber mit keinem Wort das Elend der Arbeiter und die Arbeitslosigkeit von 12 Millionen aufgezeigt. Weiter ist gesagt worden, daß die Arbeiter drüben so gut gestellt seien, daß fast jeder ein Auto besitze. Mit keinem Wort wurde aber erklärt, daß die Arbeiter in den Autofabriken unter der Drohung des Entlassens werden gezwungen werden, Autos zu kaufen.

Nach diesem Lichtbildvortrag gab Kollege Ohlig einen Bericht über die geleistete Arbeit im vergangenen Jahre. In diesem gab er bekannt, daß die Mitgliederzahl der Fachgruppe von 202 auf 170 gefallen ist. Zur Begründung gab Kollege Ohlig an:

### Der §, der tötet!

Sonderveranstaltung der PKG. Gegen den § 218

Film: „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin“. — Im Vorprogramm: Songs, Sprechchöre. Genosse Eckstein spricht. Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr im Proleten.

daß diese Kollegen zum Teil aus wirtschaftlicher Not aus der Gewerkschaft ausgestiegen sind, zum Teil aber auch, weil sie mit der Arbeit und Taktik dieser Gewerkschaftsführer, kurz (auf sich bezogen) weil wir ihnen nicht „revolutionär“ genug sind. Bemerkenswert ist, was Kollege Ohlig damit im Zusammenhang sagte: „Wenn die Leitung den Mitgliedern auch nicht die Treue gehalten hätte, und bei den Lohnverhandlungen nichts gegen den Lohnraub der Unternehmer unternommen hätte, wie das bei anderen Fachgruppen der Fall war; wenn er nicht als gehässig erscheinen wollte, er das fast wünschen würde, damit die Mitglieder erst einmal erkennen, wozu die Gewerkschaften da sind.“

Weiter gab Ohlig in seinem Bericht bekannt, daß Anfang Dezember die Maurer Breslaus in den Streik getreten wären, und daß sie zum Teil auch heute noch streiken. Kollege Ohlig führte nun an, daß sie (die Gew.) die Unternehmer durch diesen Streik zermürbt hätten, daß einige namhafte Firmen aus dem Arbeitgeberverband ausgestiegen seien, aber nicht bloß das allein, die Gew. hat mit diesem Streik auch bewiesen, daß sie noch zu kämpfen imstande ist.

Bei der Wahl der Fachgruppenleitung ist über den Vorsitzenden und den Kassierer, da sie angestellt sind, erst garricht abgestimmt worden. Es wurde lediglich abgestimmt über den Schriftführer und die drei Revisoren.

Nachdem noch einige nebensächliche Fragen erörtert wurden, wurde die Versammlung geschlossen.

### Zehn Jahre Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund

Vor 10 Jahren, am 23. Januar 1923, kamen in Berlin einige Dutzend entschlossener Kämpfer für die proletarische Musikpflege zusammen, um den Grundstein für eine Organisation zu legen, die innerlich und äußerlich für die Pflege und Verbreitung der Zupfmusik wirken sollte. Betrachten wir den DAMB vom gegenwärtigen Standpunkt, dann muß gesagt werden, daß uns das erste Jahrzehnt bereits in unseren Zielen weit vorwärts getragen hat. Bei fast allen Arbeiterveranstaltungen nehmen unsere Chöre einen breiten Rahmen ein. Unsere Gegner haben das gleichfalls erkannt, daß der Arbeiter-Mandolinisten-Bund im Kampf um die Befreiung der Kultur vom kapitalistischen Joch seinen Mann steht. Wir konnten uns in den wichtigsten Stützpunkten des bürgerlichen Bundes festsetzen. In vielen Orten, so auch in Breslau überholten wir den Gegner und sind dort heute noch der ausschlaggebende Faktor. Die Wirtschaftskrise mit der in Verbindung stehenden Arbeitslosigkeit hat auch den DAMB an der Weiterentwicklung seiner musikalischen und kulturellen Ziele gehindert. Gehindert ja, aber nicht verhindert. Im Kampf um eine proletarische Eigenkultur haben wir uns zu Tausenden zusammengefunden. Wir erkennen, daß die Pflege der Musik vom Lebensstand der Arbeiter beeinflusst wird und unterstützen aus diesem Grunde alle Kämpfe der proletarischen Klasse.

Der Deutsche Arbeiter-Mandolinisten-Bund zeigt den richtigen Weg. Ihn zu beschreiten, ist Pflicht jedes Arbeiters oder Angestellten, der unsere Instrumente, seien es Mandoline, Gitarre oder Zither, spielt oder sie erlernen will. Möge dieser Gedanke während unserer Werbeweche überall ein verstärktes Echo finden und durch die Gewinnung neuer Ortsgruppen und Mitglieder zum Erfolge führen. Dann wird unser Wahlspruch erst recht zur Geltung kommen: „Die Kunst dem Volke durch das Volk!“ Auskunft erteilt die Bezirksleitung: Th. Müller, Breslau 9, Laurentiusstraße 25.

# 32 Grad unter Null

## 29 Grad in Breslau

„Im schlesischen Flachland hat sich, wie das Meteorologische Observatorium Breslau-Kriern meldet, die Kälte erheblich verstärkt. In Breslau wurden am Donnerstag (früh) 29 Grad, in Grottkau 30 Grad und in Neustadt O/S 32 Grad Kälte gemessen.“

Im Gebirge herrscht Temperaturumkehr. Aus den Kammlagen werden nur noch 10 Grad Kälte gemeldet.“

Die Bürger hüllen sich in dicke und teure Pelze, lassen sich ihre Limousinen heizen. Die geschminkten Dämchen aus Breslau-Südpark stecken ihre Beine in hochschaffige pelzgefütterte Stiefelchen und stampfen wohlbehütet durch den Frost.

Die Kälte ist für sie nichts mehr und nichts minder, als ein neuer sensationeller Gesprächsstoff.

Die Arbeitslosen aber, in verschlissene, fadenscheinig gewordene, längst nicht mehr Wärme spendende alte Joppen und Mantel gehüllt, frieren. Sie frieren mit knurrendem Magen, sie frieren mit zäher Verbissenheit, sich dessen bewußt, daß es die Ausbeuterklasse ist, die hier in der Sackgasse ihre Sklaven nicht einmal vor dem äußersten Elend, vor dem äußersten Hunger, vor der äußersten Kälte, schützen kann.

Wie ein Hohn wirkt es, wenn bürgerliche Zeitungen feststellen, daß unser Körper wie unsere Wohnung bei Eintritt des Winters einer gewissen Heizung bedarf, denn, so heißt es wörtlich:

„Zur Aufrechterhaltung der normalen Körpertemperatur gegenüber der kalten Außenluft muß auch der Verbrennungsprozeß, der sich in unserem Körper ständig vollzieht, erhöhten Ansprüchen gewachsen sein. Das notwendige Heizmaterial dafür liefert uns die tägliche Nahrung.“

Unser Körper bedarf zu seiner Erhaltung und Leistungsfähigkeit einer bestimmten Menge von Nährstoffen, deren wesentlichste Eiweiß, Fett und Zuckerstoffe, Mineralsalze und die sogenannten Ergänzungsnährstoffe (Vitamine) sind. Das jeweilige Mengenverhältnis ist hauptsächlich abhängig von Alter, Beruf, Jahreszeit sowie von „Heizwert“ der einzelnen Nahrungsmittel. Wenn es, wie im Winter, gilt, auch innerlich tüchtig „einzuheizen“, wird man den Fettgehalt (Butter, Fett, Speck,

Margarine, Öl usw.) zweckmäßig etwas mehr als sonst in den Vordergrund der Ernährung stellen.“

Mehr Butter! Mehr Fett! Mehr Speck! Das wagt man den Millionen zuzumuten denen es kaum zum Brot reicht, die Tag für Tag sich sorgen, wie und von wo sie das bühnen Karhoffeln, ihre tägliche Nahrung, bekommen können.

Dieser Hohn in einer Situation, wo die Kälte Hunderte von Opfern fordert wird wenn auch die bürgerliche Presse zunächst Veruschungsversuche anstellen will, ist nicht angehen, die Hungernden und Frierenden zu beruhigen.

### Kohlen heraus!

heißt die Parole der Erwerbslosen. Die bisherige Winterhilfsaktion, die bisherige Zusatzunterstützung an Kohlen war an sich schon unzureichend — jetzt wirkt sie vollends als ein Nichts.

Wohlfahrts- und Fürsorgeamt müssen unverzüglich die Erwerbslosen mit mehr Heizmaterialien als bisher beliefern.

Die Erwerbslosen erwarten von sämtlichen Stadtverordnetenfraktionen der Arbeiterparteien, daß sie sich in der heutigen Stadtverordnetenversammlung für die Parole „Kohlen für die Erwerbslosen heraus!“ lauthell einsetzen

### Erfroren aufgefunden

Oloz, 25. Januar.

„Der 49jährige Arbeiter Ernst Rieger aus der Kolonie Ratschenberg hatte sich mit einem Handschiffen nach Reinerz begeben, um dort Einkäufe zu tätigen. Da er am nächsten Morgen noch nicht zurück war, wurden Nachforschungen nach ihm angestellt. Der Schiffen wurde in der Nähe der katholischen Schule in Hummelwitz gefunden. Etwa 30 Meter vom Wege entfernt lag die Leiche des Vermissten, fast völlig mit Schnee bedeckt. Der herbeigerufene Arzt stellte Tod durch Erfrieren und Ersticken fest. Man nimmt an, daß Rieger den Schiffen wegen Überanstrengung stehen gelassen hatte, in der Dunkelheit vom Wege abkam und sich aus dem hohen Neuschnee infolge Übermüdung nicht mehr herausarbeiten konnte.“

# Arbeitsdienstführer fordern 11000 RM nach!

### Ist denn das der Sinn des freiwilligen Arbeitsdienstes?

Auch der Annabergbund gehört zu den Organisatoren des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Für eines seiner Lager nahm er sich also einen Kraftwagenführer als Mitorganisator, der Kraftwagenführer W. war erster Lagerführer im ersten Lager in Mag-nitz und ein gewisser A. war irgendwo Lagerkoch. Sie gehörten selbstverständlich alle dem Annabergbund als Mitglieder an.

Während nun die Arbeitsdienststunden für 50 Pfennig die ganze Woche schufteten müssen, ist es ganz lehrreich zu erfahren, daß so ein Leiter außer freier Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung noch seine 80 RM Unterstützung und wöchentlich 3 RM Führer-

zulage, also noch bare 92 RM erhält.

Nun sind aber solch neugebackene Bänzchen nicht etwa sehr zufrieden damit. Aus diesem Grunde klagten jetzt vier von ihnen zusammen 11000 RM beim Arbeitsgericht ein. Sie berufen sich dabei auf Versprechungen seitens der Leitung des Annabergbundes. Um es vorweg zu sagen, sie erhielten kein Armenrecht, wurden sozusagen abgewiesen und haben Beratung eingelegt. Aber das Gericht stellte fest, daß sie mit ihrer Klage den „segenreichen Gedanken“ des Arbeitsdienstes in Mißkredit gebracht hätten. Und das war neben der rechtlichen Lage mit ein Grund zur Abweisung der Klage.



### Nazistudenten randalieren in Breslau

Bei der Wiederaufnahme der Vorlesungen durch Prof. Cohn inszenierten die nationalsozialistischen Studenten erneut eine „Protest-Demonstration“. Mit Stink- und Tränengasbomben, Kanonenschlägen und unter Abletern von Sprechchören: „Heraus mit Trotzki-Cohn“ zeigten sich die zukünftigen Leuchten der deutschen Wissenschaft in vollem Glanze. Unser Bild zeigt die Polizei beim Abriegeln einer Zugangstraße zur Universität.

### Weg mit dem Gerümpel!

Von Seiten einer Leutersozietät wird uns geschrieben

Vergleicht man die Photos der zahlreichen Dachstuhlbrände der letzten Wochen, so ist man erstauht über die Ausdehnung, die diese Brände trotz bester Löschhilfe häufig genommen haben. Hat man aber einmal einen Blick in die Bodenkammern der verschiedenen Häuser geworfen, so braucht man sich hierüber nicht mehr zu wundern. Kisten, Körbe, Holz, Kohlen, alte Möbel, Lumpen,

### Dringlichkeitsantrag

der SAP-Stadtverordnetenfraktion

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, zu beschließen, wegen der besonderen Kälte dieses Winters sofort an alle Unterstützungsempfänger mindestens einen Zentner Kohle pro Person als Extrazuwendung außerhalb der sonstigen Winterhilfsmaßnahmen zu liefern.

In allen Stadtteilen sind sofort Wärmehallen einzurichten, in denen warme Getränke kostenlos ausgeschenkt werden.

Holzwalze, Zeitungspapier und vieles mehr liegt hoch gelüftet, oft zu nichts mehr nütze, auf den Böden, eine ständige Gefahr für Haus und Bewohner bildend. Gewiß ist die Bodenkammer oft der einzige Raum für die Familie zum Abstellen von überzähligen und entbehrlichen Sachen. Leider wird aber oft so verfahren, daß wahllos alles überflüssig gewordene Hausrat auf dem Boden gestapelt wird. Auf diese Weise gleichen viele Dachboden wohl vorbereiteten Scheiterhaufen, in die nur ein Funke zu fallen braucht, um das Dachgeschoß mit Sicherheit in Flammen aufgehen zu lassen. Um die Wohnschosse vor der Vernichtung zu retten, muß die Feuerwehr einen solchen ausgedehnten Dachstuhlbrand notwendigerweise mit zahlreichen Schlauchleitungen angreifen, dann aber ist ein großer Wasserschaden für das Haus unvermeidbar, der oft dem Leuerschaden gleichkommt oder ihn sogar übertrifft. Die Erfahrung zeigt immer wieder, daß ein gut aufgeräumtes und übersichtlich gehaltener Dachboden im Falle eines Brandes sehr viel leichter erhalten werden kann.

Im praktischen Amerika ist es Brauch, in jedem Frühjahr aus den Dachboden alles entbehrliche, leicht brennbare Gerümpel zu entfernen, eine Maßnahme, die ebenso zweckmäßig wie nachahmenswert ist. Eine deutsche Stadtverwaltung hat in Zusammenarbeit mit der Polizei durch Arbeitslose straßenweise alles Überflüssige aus den Bodenkammern abholen lassen. Verwendbares wurde dem Wohlfahrtsamt für Bedürftige und Nolleidende übergeben. Deshalb: Weg mit allem Gerümpel, Gebrauchsgegenstände aber guten Zwecken zuführen! Eine solche vorbeugende Maßnahme liegt sowohl im Interesse der Hausbesitzer als auch der Mieter.

### Schulschließung wegen Masern

Ohlau, 25. Januar.

In Beckern sind von 98 Schulkindern über die Hälfte an Masern erkrankt. Auf Anordnung des Kreisarztes ist daher die Schule geschlossen worden. Die Krankheit nimmt in vielen Fällen einen schweren Verlauf.

In Daube ist die Schule schon vierzehn Tage wegen Masern geschlossen.

### Scheunenbrand infolge Brandstiftung

Lauban, 25. Januar.

Mittwoch früh brach in der Scheune des Landwirts Max Schulz in Löbenlust ein Brand aus, dem die Scheune und ein Schuppen zum Opfer fielen. Obwohl die Löscharbeiten infolge der starken Kälte äußerst erschwert waren, gelang es der Lichtenauer Feuerwehr doch, die beiden an den Brandherd angrenzenden Wohngebäude sowie den Kuhstall zu erhalten. Das Vieh konnte gerettet werden, doch ist landwirtschaftliches Inventar zum Teil verbrannt. Die Brandkommission Lauban erschien alsbald an der Brandstelle und nahm dort die Ermittlungen über die Entstehung des Brandes auf. Es liegt vorsätzliche Brandstiftung vor.

### Selbstmord

Schweidnitz, 25. Januar.

Der auf dem Schlachthof in Freiburg beschäftigte Fleischergeselle Sch. brachte sich mit einem Fleischermesser einen tödlich wirkenden Stich ins Herz bei. Bereits vor einigen Tagen hatte Sch. versucht, sich mit Gas zu vergiften, war aber von hinzukommenden Personen daran gehindert worden.

### „Rotes Kabarett“

des Stadtteils Süd-West in der Wartburg, Gräbschener Straße, am Sonntag, dem 29. Januar, nachmittags 16 Uhr.

Es läuft ein Russenfilm.

Rezitationen, Sprechchöre, Songs, Lieder, Darbietungen der Freien Turnerschaft. Eintrittspreis: Erwerbslose 15 Pfennige, Verdienende 25 Pfennige.

# Kälte - Hunger - Grippe

Berlin, 25. Januar. CNB. In Berlin wurden heute nacht 20 Grad minus in der Stadt und 22 Grad minus in den Außenbezirken gemessen. Das ist bisher der tiefste Thermometerstand dieses Winters. Die höchsten Kälte Temperaturen werden aus Königsberg mit 28 Grad minus und aus Stettin mit 25 Grad unter Null gemeldet. Damit sind die Rekordzahlen des dankwürdigen Winters 1928/29 erreicht.

Die Temperatur in Warschau betrug heute Nacht 20 Grad, in anderen Gegenden Polens sogar 35 Grad. Aus Frankreich werden Föhnwinde infolge der Kälte gemeldet. In Rumänien mußte infolge des starken Schneefalls der Verkehr auf zwanzig Eisenbahnlinien eingestellt werden.

## Kältewelle auch in Indien

Bombay, 25. Januar. WTB. Mittwoch vormittag wurden 12,7 Grad Celsius unter Null gemessen.

## Nordsee vereist

Die Nordsee-Inseln sind vollkommen vom Schiffsverkehr abgeschnitten. Mittels Flugzeugen wurde ein Bismotdienst eingerichtet.

## Eiswierigkeiten auf der Elbe

CNB. Die Elbe oberhalb Hamburgs ist durchweg völlig blockiert. Im Lauenburger Winterhafen warten an hundert Fahrzeuge auf den Wetterumschlag. Der Elbe-Travelkanal ist gesperrt.

Auf der Höhe von Geesthacht ist über den Strom ein vielbenutzter Fußweg geschaffen. Auf dem Eis der Alster, das durch die Offenhaltung von Fahrplänen unsicher bleibt, erging es wieder mehreren Einbrüchen, doch konnten die Verunglückten in allen Fällen gerettet werden.

## Rhein, Mosel und Lahn unter Eis

WTB. Infolge des andauernden Frostes hat sich seit heute das Treibeis der Mosel bei Lay festgesetzt. Krachend schieben sich die großen Eisblöcke über, unter- und nebeneinander. Der Fluß ist vielfach in seiner ganzen Breite mit Eis bedeckt. Das Treibeis des Rheins ist im Flußarm zwischen dem rechten Rheinufer und der Insel Niederwerth zum Stehen gekommen. Der Rheinarm zwischen den Inseln Nieder- und Grafenwerth ist ebenso wie die Lahn zum großen Teil fest zugefroren.

## Grippe greift rasend um sich

Essen, 26. Januar. WTB. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat die Grippe in den letzten 24 Stunden weiter um sich gegriffen. Die Schulverwaltung in Gelsenkirchen mußte ab heute sämtliche Volksschulen und die Mädchenmittelschule bis zum Ende des Monats schließen. Auch die Schulverwal-

ten in Altona, Schwerte und Nehlem (Westfalen) laßten ähnliche Beschlüsse. Alle Dorf- und höherer Schulen wurden auf fünf Tage geschlossen.

## Kölner Schulen geschlossen

Köln, 25. Januar. WTB. Die Erkrankungen an Grippe in den Schulen der Stadt Köln haben derart zugenommen, daß vorsorglich sämtliche Schulen und Kindergärten vom 25. bis einschließlich 31. Januar 1933 geschlossen worden sind.

## Wölfe überfallen einen Personenzug

Bukarest, 25. Januar. WTB. Infolge des außerordentlich starken, seit Tagen andauernden Schneefalls mußte auf etwa 20 Eisenbahnlinien der Verkehr eingestellt werden. In der Dobrußa sind mehrere Dörfer und Städte vom Verkehr völlig abgeschnitten. Die Lebensmittelversorgung ist auf das äußerste gefährdet. Mehrere Güterzüge und zwei Personenzüge sind auf der Strecke stecken geblieben und konnten trotz aller Bemühungen nicht freigemacht werden. Ein im Schnee stecken gebliebener Personenzug wurde von einem Rudel Wölfe angegriffen; die Fahrgäste hatten es schwer, sich der Raubtiere zu erwehren.

Auch auf der Donau ist die Lage sehr kritisch. Zwei Eisbrecher, die den Verkehr freizumachen versuchten, blieben stecken. Der Schiffsverkehr im Schwarzen Meer ist gleichfalls vollkommen lahmgelegt. Seit mehreren Tagen ist kein Dampfer aus dem rumänischen Hafen ausgefahren. Verschiedentlich wurden SOS-Rufe aufgenommen; allein es war nicht möglich, dem in Not geratenen Schiff zu Hilfe zu kommen.

## 2 Todesopfer

Budapest, 25. Januar. Der seit einigen Tagen in Transdanubien andauernde heftige Schneesturm forderte zwei Todesopfer. Ein Kutscher, der unterwegs einen Dorfjungen auf seinem Wagen mitgenommen hatte konnte sein Dorf im Sturm nicht erreichen. Der Wagen wurde vollständig eingeschneit an einem Ackerfelde gefunden. Der Kutscher, der Junge und ein Pferd waren erfroren. Das zweite Pferd hatte sich von der Deichsel losgerissen und war in das Dorf zurückgelaufen.

## Überfahren und getötet

Geru, 26. Januar. WTB. Auf dem Rangiergelände des Hauptbahnhofes Geru waren zwei Arbeiter mit dem Auftauen von Waggons beschäftigt. Sie überhörten das Herannahen einer Lokomotive, von der sie beide überfahren wurden. Der eine war sofort tot, der andere erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Beide Verunglückten waren Familienväter.

## Wiederwahl Poelzigs zum Vizepräsidenten der Akademie der Künste

Berlin, 26. Januar. CNB. Der Gesamtsenat der Preussischen Akademie der Künste hat in seiner gestrigen Sitzung, wie die Blätter melden, Professor Poelzig zum Vizepräsidenten wiedergewählt. Professor Poelzig hatte vor kurzem sein Amt als Vizepräsident wegen der gegen ihn im Zusammenhang mit der belgischen Kunstausstellung erhobenen Vorwürfe niedergelegt. Der Senat wendet sich in einer Entschuldigend ausdrücklich dagegen, daß Professor Poelzig allein für die Veranstaltung der Ausstellung verantwortlich gemacht werde. Die Ausstellung sei bereits im vorigen Jahr in einer Gesamtsitzung der Akademie beschlossen worden.

## Königsberger Hochschulskandal

Königsberg i. Pr., 24. Januar. Es ist noch garnicht so lange her, daß Königsberg seine Sensation erlebte durch die Machenschaften des Universitätsprofessors Dr. Litten, der dann auch sang- und klanglos von der Bildfläche verschwand. Doch die hiesigen Volksparteikreise atmeten sehr bald auf, denn es ward der Partei eine neue Kanone gegeben durch die Aufnahme des Hochschullehrers Dr. Schack.

Eine unerhört schnelle Karriere machte nunmehr dieser Volkswirtschaftler. Im Nu war er im Parteivorstand tätig und sehr rasch Parteivorsitzender. Überall, wo Versammlungen der Volkspartei abgehalten wurden, prangte der Name des Hochschullehrers Schack. Ohne Schack ging es nun einmal nicht mehr. Auch die verschiedensten Verbände und Vereine machten im Handumdrehen den Rektor der Handelshochschule (denn auch diese Würde mußte Schack selbstverständlich erringen) zu ihrem Vorsitzenden. So war Professor Schack Vorsitzender des Deutschrussischen Klubs, ferner eines Automobillubs, der Landsmannschaft Arminia etc. Selbstverständlich fehlte auf keiner Gesellschaft mehr das Ehepaar Schack. Reisen nach Italien mußten unternommen werden. Natürlich durfte Frau Professor Schack bei den hiesigen Windhundrennen in Carolinenhof nicht fehlen, denn es galt doch wieder einmal in der Presse den Namen Schack zu lesen und etwas von den Erfolgen des Windhundes Duraco Pascholl.

Doch bekanntlich geht der Krug solange zum Brunnen, bis er bricht. Und so war es für den Eingeweihten gar keine Ueberschätzung, als man in diesen Tagen von einem neuen Hochschulskandal in Königsberg hörte und Aufklärungsartikel über den Stand der Untersuchung gegen den Professor in der hiesigen Presse finden konnte. Man merkte es der Presse, besonders der Allgemeinen Zeitung, an, wie überaus peinlich ihr der Vorfall Schack war.

Die Ursache des gegen Schack eingeleiteten Verfahrens ist Unterschlagung von

Hochschulgeldern. Während der Professor selbstverständlich „mit seinen Nerven so herunter“ ist, daß er eine Nervenklinik aufsuchen mußte, sind dem Geschäftsführer, dem Kassierer und dem Buchhalter der Königsberger Handelshochschule die Kundlungen zugegangen. Diese, die vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer, ausgesprochen sind, stehen im engsten Zusammenhang mit der Angelegenheit Schack. Entgegen den ausdrücklichen Anweisungen des Oberbürgermeisters ist dieser nicht von den jetzt gekündigten Beamten über die Darlehensgesuche unterrichtet worden, die Professor Schack eingereicht hatte.



Bezirk Mittelschlesien  
Sekretariat: Breslau Gartenstraße 21. III  
Telephon 267 65

Sämtliche Veranstaltungen für den Monat Februar sind sofort dem Parteibüro zu melden. Achtung Distriktsführer und Kassierer! Die Abrechnung ist fällig.

Stadtteil Südw. Heute abend Arbeitsgemeinschaft bei Nickel Optizstr. Redner: Gen. Rasch.  
Stadtteil Mitte. Freitag, den 27. Januar. Frauenversammlung bei Klemt, Messergasse 10.

Sekretariat: Gartenstraße 21. III  
Sprechstunden Dienstag Mittwoch und Freitag von 10-12 Uhr und Donnerstag von 8-10 Uhr

Monistische Jugend. Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße 15. Achtung! Heute, 12 Uhr ist alles im Heim auch die Genossen von Heim 1. Unterhaltungsabend Pünktlich erscheinen, da vorher wichtige Besprechung.

## Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Handwerksmäßige Betriebe. Die für Sonnabend, den 28. Januar festgesetzte Versammlung fällt bis auf weiteres aus.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, Inserat-Herbert Scholz, Breslau, Verlag Sozialistischer Verlage G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A.-G. Breslau, Neue Graupenstr. 7.  
Expedition: Breslau Gartenstr. 21. 3 Treppen  
Telephon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter G. b. u. r. t. Breslau, Gartenstr. 21. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Kontonr. 07 92

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 4.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verleger bezogen RM 2.10 und RM 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 zuzüglich RM 1.30 Porto monatlich

Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife.  
Redaktion: Breslau Gartenstr. 21. 3 Treppen.  
Telephon 206 02

## Werbt Abonnenten

## „Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“

von Fritz Sternberg  
Ladenpreis 9 Mark

Genossen und Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4,50 Mark. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Geschäftsstelle der SAZ, Breslau 5, Gartenstraße 21.

## SAZ buchvertrieb

jetzt auch gartenstraße 21

bietet ständig große auswahl in guten u. preiswerten büchern. besonders empfehlenswert u. a.:

fritz sternberg, niedergang des deutschen kapitalismus, ganzleinen, nur mk. 4.50

m. n. roy, revolution und konterrevolution in china, broschiert, nur mk. 2.—

rote bücher, broschüren, arbeiter-kalender, „roter plonier“.

nach auswärts wird porto berechnet.

# Der Leser der SAZ kauft bei:

## WESTEN

f. Fleisch- u. Wurstwaren  
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Kolonialwaren  
Anderssenstr. 2 R. & J. LUX Leuthenstr. 52

Restaurations Traugott Riefe  
Wefenstraße 04  
Treffpunkt aller Genossen  
Angenehmer Aufenthalt - Niedrige Preise

Leinwand  
Gotthard Völkel  
Friedrich-Wilhelm-Str. 51  
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Fleischermeister Max Lattner  
Posenerstraße 23  
Stets in Qualität - Niedrigste Preise

Gebrauchte Schuhleisten  
billig bei Leder-Franke  
Friedrich-Wilhelm-Str. 31

f. Fleisch- und Wurstwaren  
Steinauer Str. 6  
Emil Lüdeck

Besucht das „Proleten“  
Arbeiter-Sport-Kartell

Lebensmittelhaus  
Heinrich & Co.  
Frankfurter Straße 154

Paul Biehl  
Kolonialwaren  
9% Rabatt  
Alsenstr. 13 und Alsenstraße 89

Paul Frühauf  
Kolonialwaren usw.  
Bergstraße 22

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren  
Richard Polke, Anderssenstr. 16

InuhVogel  
Friedrich-Wilhelmstr. 68  
Scheitniger Straße 12

## OSTEN

Bekanntl. Konditorei  
Bruno Guckel  
Margaretenstr. 16  
empfiehlt sich bestens.

9% M. Kricke 9%  
Kolonialwaren - Weine - Tabake  
9% Lüscherstraße 17 9%

Zigarren - Zigarillos - Tabake  
Kl. Taschen, Karl-Marx-Str. 12

Erich Freitag  
Karl-Marx-Str. 34  
Edeka-Geschäft - Kolonialwaren  
Spirituosen - Weine  
Tabake - 9%

Tragt unser Parteiabzeichen!  
Große und kleine Parteiabzeichen sind wieder vorrätig  
Vertreibt das Parteiabzeichen! Bestellungen sofort bei:  
Partei-Vorstand der SAP  
Berlin O 27 - Magazinstr. 15/16

Josef Thomas  
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2  
Edeka-Geschäft - Kolonialwaren - Feinrost

PAUL RUDOLPH  
Brüderstraße 46 Ecke Palmstraße  
Edeka-Laden / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

Joh. Hammerling  
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.  
Edeka-Geschäft / Kolonialwaren - Weine / Spirituosen

Wir lesen die  
SAZ  
Sozialistische Arbeiter-Zeitung  
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 206 02 u. 567 68  
und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

# Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf Agitation im Industriegebiet

Von Rosi Wolfstein

Juli 1909. Karl Liebknecht hat die einundneunzig Jahre Festungshaft, die ihm seine Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ eingebracht hat, verbüßt. Die Jugend des Niederrheins von seinem Geist besesselt, macht zu seiner Rückkehr ins aktive politische Leben eine große Kundgebung, in der Liebknecht spricht. Mit welcher Begeisterung wird er empfangen! „Nun erst recht Antimilitarismus!“ ist der Sinn der Rede. Bürgerliche Jugendpflöger sind mit einigen ihrer Schäflein in der Versammlung erschienen. Offenbar hatten Liebknechts Ideen sich auch bei den sonst so ortigen Schäflein eingeschlichen und irgendein frommer Mann glaubte, diese Ideen durch eine Diskussion mit Liebknecht aus der Welt schaffen zu können. O, wie ihm das mißlang! Wie ein begossener Pudel riefte er nach Hause ziehen, ängstlich um sich blickend, ob die Schäflein auch mitkommen würden. Und wie die sozialistische Jugend tobte und vor Vergnügen trampelte bei dieser Abreibung des nationalen-christlichen-frommen Pädagogen!

Das war an einem Sonntagvormittag, und am Nachmittag, da gab es erst eine unerlaubte Straßendemonstration der Jugendlichen durch Elberfeld. Liebknecht selbstverständlich mit an der Spitze des Zuges. Anfanglich wurden Wanderlieder gesungen, dann Kampflieder. In den belebtesten Straßen immer wieder die Internationale. Und aus der Stadt ging's hinaus ins Freie. Da wurde dann noch ganz unermüdlich diskutiert, da hatten viele, viele Jungens und Mädels Fragen auf dem Herzen, da wurde aber auch mit ganzer jugendlicher Leidenschaft gesungen, gespielt und auf dem grünen Rasen getanzt. Und Liebknecht immer dabei.

Für alle, die diesen Tag miterlebt haben, bleibt er unvergessen. Diese geistige und körperliche Frische, dieses heitere Temperament, diese überlegene Abfertigung des Gegners und die selbstverständliche Einordnung als Kamerad unter Kameraden — das ist der persönliche Eindruck, den die Jugendlichen von ihrem Führer bekommen haben, den sie verehren wegen seines heroischen Kampfes gegen den Militarismus und den sie lieben wegen seiner nie ermüdenden Pionierarbeit für eine selbständige sozialistische Jugendbewegung. Und dieser Eindruck vertieft sich zu Furchen für die Saat seiner Gedanken. Willig wurden sie aufgenommen, und in der schlimmsten Prüfzeit, im Weltkrieg, siehe, da gingen sie auf. Der Kampf gegen die Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokratie wurde von Teilen der Arbeiterjugend am Niederrhein mit aller Entschiedenheit aufgenommen, und auf der illegalen sozialistischen Jugendkonferenz Ostern 1916 zu Jena konnte Liebknecht manchem Teilnehmer jener Kundgebung vom Juli 1909 die Hand drücken. Eine ganze Anzahl jugendlicher und auch erwachsener Genossen des Niederrheins wurden gleich Liebknecht unmittelbar nach dem 1. Mai 1916 zu schweren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt. In den Gerichtsverhandlungen und im Kerker hielten sie sich wie aufrechte Revolutionäre.

1910. Der Kampf um die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts ist entbrannt. Das Proletariat hat sich durch gewaltige Aufmärsche die Straße erobert. Nun gilt es, die Aktion zu steigern zum politischen Massenstreik, um den preußischen Junkerstaat zu erschüttern und ihm die politische Gleichberechtigung der Besitzlosen abzutrotzen. In

der ersten stürmischen Phase der sich steigenden grandiosen Demonstrationen wagen sich die Zauderer und Abwiegler in den Reihen der Sozialdemokratie noch nicht offen hervor — die Bahn ist frei für die Agitation für den politischen Massenstreik. Wie diese Lösung von den Millionenmassen des wichtigsten Industriegebiets am Rhein und der Ruhr aufgenommen wird, ob es gelingt, dort Massenstreiks zu entfachen — das ist für den Ausgang des Wahlrechtskampfes entscheidend. Noch stehen auch die starken Gewerkschaften Gewehr bei Fuß, auch sie müssen von dem Gedanken und dem Tatwillen erst noch besesselt werden. Die Arbeiter fordern immer und immer wieder Liebknecht und Luxemburg als Dolmetscher ihres Kampfeswillens. Und beide kommen, fast so oft, wie man sie ruft. Sie leisten Gewaltiges in der Aufklärung darüber, was es zu tun gilt, und in der Anfechtung der Energien. Sie gehen mit leuchtendem Beispiel voran.

An einem dieser Tage spricht Rosa Luxemburg in Kamen, einer Bergarbeiterstadt bei Dortmund. Die Stärke der proletarischen Bewegung hat die bürgerlichen Demokraten, die es noch hie und da als Ausnahmemaßnahmen gab, auch aktiviert, sie wollen bei der Wahlrechtsbewegung mitmachen. Ein paar ältere Herren mit langen Bärten und ein junges „Doktorchen mit Löckchen“ — wie Rosa spottet — (es war Herr Nestle) — melden sich bei ihr als Abgeordnete der Demokraten und wollen über ein gemeinsames Auftreten in der Versammlung verhandeln. „Ich werde sozialistisch sprechen“, sagt Rosa mit solcher Entschiedenheit, daß keiner mehr ein Wort wagt. Und dann spricht sie sozialistisch zu den Tausenden von Bergarbeitern, die von nah und fern trotz Nässe und Kälte herbeigeeilt sind, um die große Führerin zu hören. Noch klingen ihre Worte im Ohr:

„Wir sind im gegenwärtigen Wahlrechtskampf, wie in allen wichtigen politischen Fragen des Fortschritts in Deutschland, ganz allein auf uns gestellt. Aber wer sind „wir“? „Wir“ sind doch die Millionen Proletariat und Proletarinnen Preußens und Deutschlands, ja, wir sind mehr als eine Zahl. Wir sind die Millionen jener, von deren Hände die Gesellschaft lebt. Und es genügt, daß diese einfache Tatsache so recht im Bewußtsein der breitesten Massen Wurzel schlägt, damit einmal der Moment kommt, wo in Preußen der herrschenden Reaktion gezeigt wird, daß die Welt wohl ohne die ostelbischen Junker und ohne die Zentrumsgrafen, ohne Geheimräte und zur Not auch ohne Schutzleute auskommen kann, daß sie aber nicht 24 Stunden zu existieren vermag, wenn die Arbeiter einmal die Arme heben.“

Unsere eigene Mission, der historische Beruf des Proletariats ist, dahin zu streben, daß wir den gesamten bürgerlichen Staat mit all seinen bürgerlich-parlamentarischen Herrlichkeiten aus den Angeln heben und den Sozialismus verwirklichen. Zu diesem Zweck kämpfen wir auch um das gleiche Wahlrecht in Preußen, um die Proletariatsmassen zu schulen, aufzuklären, zusammenzuschließen, um dem Augenblick entgegenzueilen wo die Arbeiterklasse stark genug sein wird, die gesamte politische Macht im Staate in die Hände zu nehmen und den Sozialismus zu verwirklichen.“

Die Menge, die geduckt und fröstelnd aufmarschiert war, verließ eroberten Kopfes, louchendenden Blickes, kampfesmutig den Platz. In geschlossenen Zügen wird abmarschiert und in den benachbarten Bergarbeiterstädten demonstriert.

Januar 1912. Reichstagswahlkampf. An den beiden letzten Tagen vor der Wahl soll Rosa Luxemburg noch in 3 Versammlungen sprechen. Die Genossen wissen, daß das eine gewaltige Anstrengung erfordert und da sie aus der Presse wissen, daß Rosa schon seit Wochen auf Agitation ist, fragen sie bei ihr nochmal an, ob man auch bestimmt auf sie rechnen könne. „Aber selbstverständlich“, antwortet sie, „ich bin munter wie ein Fisch im Wasser“. Jeder, der die körperlichen Strapazen einer wochenlangen Kampagne mitgemacht hat, erkennt, wie der Geist dieser Frau den zarten, gebrechlichen Körper besiegt. Und sie absolvierte nicht nur die drei Riesensammlungen, sondern sprach noch in Parallelkundgebungen, die wegen der Ueberfüllung abgehalten werden mußten. Ihre Reden waren denkbar stärkste Alarmierung vor der Weltkriegsgefahr, vernichtende Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft:

„Wir haben mitten in Europa einen blutigen Krieg — den italienisch-türkischen Krieg um Tripolis — und die Frage des Zweibundes, des Dreibundes und des Hanger Tribunals sind lauter Hirngespinnste. Es hat sich mit brutaler Nacktheit gezeigt, daß die friedliche

Entwicklung sich für allemal dahin ist. Wir haben Stalin von allen Seiten und mitten im Sturm müssen wir unsere Kompromisse... Was wir bis heute erlebt haben, ist nur Kinder spiel gegenüber dem, was wir noch zu erwarten haben. Die Zeit rückt näher, wo eines Tages die Entscheidung fallen muß, wo die Arbeiterklasse für den Ausgang verantwortlich ist.“

Es ist die Frage aufgeworfen worden, können wir etwas gegen den Krieg tun? Wir sind uns darüber klar, daß, solange der Kapitalismus existiert, wir den Krieg nicht abschaffen können. Aber wir werden den Kapitalismus besiegen, wenn wir mit aller Macht gegen den Imperialismus, gegen den Krieg den Kampf führen. Und da gibt es die äußerste Kraft aufzubieten... Sie wandte sich dann den besonderen Verhältnissen in Deutschland zu, den Hungerrevolten, den Ausprägungen der Metallindustrie, von denen Hunderttausende betroffen wurden, und der Methyalkoholvergiftung, die unter den Berliner Asylisten ausgebrochen war und bereits 100 Todesopfer gefordert hatte, und schloß:

„Gewöhnlich ist ein Leichnam ein stummes, unansehnliches Ding. Es gibt aber Leichen, die lauter reden als Posaunen und heller leuchten als Packeln. Nach dem Barrikadenkampf, am 18. März 1848, hoben die Berliner Arbeiter die Leichen der Gefallenen in die Höhe, trugen sie vor das Königsschloß und zwangen den Despotismus, vor den Opfern das Haupt zu entblößen. Jetzt gilt es, die Leichen der vergifteten Obdachlosen in Berlin, die Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut sind, auf Millionen Porzellanplatten emporzuheben und ins neue Jahr des Kampfes zu tragen mit dem Ruf: „Nieder mit der infamen Gesellschaftsordnung, die solche Gräueltat begibt!“

## Kapitalistischer Pest-Gestank

Skandal bei der Reichsrundfunk-Gesellschaft und den Rotter-Bühnen

In der Reichshauptstadt sind zwei neue Erhebungen des Kapitalismus geplatzt.

Der allmächtige Generaldirektor der Reichsrundfunk-Gesellschaft, namens Knöpfke, konnte nicht mehr verdecken, daß etwas faul ist im Staate Dänemark. Dunkle Privatgeschäfte mit der Druckerei Preuß, Steuerhinterziehungen und Grundstücksspekulationen werden ihm zur Last gelegt, und der Staatsanwalt hat bereits sein Geschäftsgebaren unter die Lupe genommen. Im rasenden Tempo verbreitet sich der Gestank einer unklaren Korruption.

Der andere Fall betrifft die Gebrüder Rotter, die Leiter der in Berlin bekannten Amüsiertheater, welche wegen Untreue und Konkursverbrechens von der Staatsanwaltschaft, nachdem sie nunmehr flüchtig sind, gesucht werden.

Auch dieser Fall zieht immer größere Kreise, wie nachstehende Meldung zeigt.

CNB. Das Ermittlungsverfahren gegen die Brüder Alfred und Fritz Schaie, genannt Rotter, das wegen Untreue, Konkursverbrechens und Anstiftung zur Unterlassung der Stellung eines Konkursantrages eingeleitet wurde, ist jetzt auf das Vorstandsmitglied der Firma Friedrichstraße Grundstück AG, Direktor Apel, den Geschäftsführer der Rotter-Bühnen-G.m.b.H., Lipschütz, das Vorstandsmitglied der Deutschen Schauspielbetriebs-A.G., Hans Schuster, und den Syndikus Glücksmann ausgedehnt worden. Alle Genannten sind verdächtig, auf Veranlassung der Brüder Schaie die Stellung des Konkursantrages unterlassen zu haben. Bisher ist der Staatsanwalt

schaft auf den durch Funk in allen Ländern verbreiteten Steckbrief noch keine Nachricht zugegangen.

In der Villa der Rotter im Grunewald wurde eine Haussuchung vorgenommen. Die Bankkonten werden auf ihren Inhalt geprüft.

## Wenn einer Generaldirektor ist

CNB. Direktor Knöpfke ist auf Anraten eines Nervenspezialisten mit seiner Frau und seinem jüngeren Sohn nach Lugano gefahren. Direktor Knöpfke, der vor kurzem einen schweren Grippeanfall mit ernstlichen Herzbeschwerden hatte, infolge der Aufregungen, die die Presseangriffe auf ihn mit sich gebracht haben, einen Nervenzusammenbruch (!) erlitten, der seinen Arzt veranlaßte, die erwähnte Reise dringend zu empfehlen.

## Kein Haftbefehl gegen Knöpfke

CNB. Trotz der plötzlichen Abreise des früheren Rundfunkdirektors Georg Knöpfke hat die Staatsanwaltschaft vom Erlaß eines Haftbefehls abgesehen, da auf Grund der bisherigen Ermittlungen sich Anhaltspunkte nur (!) für eine Anklage wegen unlauteren Wettbewerbs und Steuerhinterziehung ergeben haben. Hinzu kommt, daß Knöpfke in Deutschland noch ansehnliche Liegenschaften und andere Vermögenswerte besitzt, so daß für die Staatsanwaltschaft jederzeit die Möglichkeit des Zugriffs besteht.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

In der grauen Dämmerung bemerkte ich eine schwarze Silhouette auf dem Stroh. Aus irgendeinem Grund war es mir sofort klar, daß es Guljaka sei. Vielleicht war ich sogar gerade deshalb auf die Straße gegangen, vielleicht war ich ganz unbewußt hergekommen, um Guljaka gerade hier, in diesem Strohhäufen in einem Anfall schwerster Verzweiflung zu finden. Vielleicht war meine Traurigkeit der Wiederhall seiner. Die ganze Zeit — im Kraftwerk und auch im Speiseraum — hatte er sich vorzüglich gehalten, und ich war von seiner Willenskraft und seiner berechneten-vernünftigen Handlungsweise über rascht. Er imponierte mir. Das eifersüchtige Tier in ihm war gebändigt, war verstümmelt. Vor mir war ein Mensch von großer, innerer Schönheit. In ihm war weder Heuchelei, noch türkische Schlaueit, noch rachedurstiges Verlangen nach Vergeltung. Das war ein echter Kommunar, der sich durch Kampf, durch das Kollektivleben einen neuen Charakter angeeignet hatte, einen neuen Gedankengang. Und jetzt, wo er sich in tödlichem Schmerz eines Menschen windet, dem sein persönliches Glück, seine intimste Freude genommen worden war, jetzt kann er diesen Schmerz nur allein überstehen, ganz allein, damit niemand davon weiß, damit seine persönliche Katastrophe das feste System unseres Lebens nicht erschüttere. Lieber Guljaka! Ich verstehe, warum du nicht ein einziges Mal dein Lieblingswort „Problem“ ausgesprochen hast: dieses, dein Problem ist so einfach und so grausam gelöst. Ich trat zu ihm und blieb vor ihm stehen.

Er lag ausgestreckt da, das Gesicht nach unten, die Hände waren in das Stroh verkrallt, zerrissen es in seiner Verzweiflung. Es war, als reibe er aus irgendeinem fremden Körper Stücke heraus, und als genieße er unersättlich den eigenen und den fremden Schmerz. Er stöhnte qualvoll, die Zähne fest aufeinander geprüßt, keuchte schwer und schlug den Kopf auf die Erde.

Ich ließ mich neben ihm nieder, auf das weiche, zerdrückte Stroh und legte die Hand auf seinen Kopf. Er trug keine Mütze; sie war vom Kopf gerissen und lag zerknüllt neben ihm. Ich konnte nicht mit ihm sprechen; ich konnte ihm nur durch die stumme Berührung meiner Hand meine Anwesenheit bemerkbar machen. Diese Berührung drückte mehr aus, als alltägliche Trost- worte. Nur meine Hand konnte ihm ein Zeichen geben, daß er nicht allein sei, daß er in meiner Freundschaft eine Stütze finden werde. Einige Sekunden lag er, ohne irgend- wie auf die Wärme meiner Hand zu reagieren. Dann erstarrte er plötzlich in Unbeweglichkeit. Auch ich schwieg. Sein Unglück tat mir weh, und Mitleid krampfte mein Herz zusammen. Ich brachte aber kein Wort über die Lippen.

Und sehr ruhig, sehr bestimmt, aber auch sehr freundlich, sagte er dumpf ins Stroh hinein:

„Geh weg, Galja... ich will allein sein.“  
„Ich kann dich in diesem Zustand nicht allein lassen, Pjotr. Du bist doch kein Kind.“  
„Nein, Galja, geh... ich bitte dich.“  
„Nein, ich gehe nicht. Bitte mich auch nicht darum, Im Gegenteil, ich verlange, daß du sofort mit mir kommst. Du kannst wählen: entweder gehen wir spazieren oder du kommst in mein Zimmer. Was ist das für eine neue Mode da, sich im Stroh herum zu wälzen! Das ist dumm, Pjotr! Warum stöberst du deine Wunden noch auf? Was erreichst du damit? Steh sofort auf. Hast du nicht die Kraft, dich zu beherrschen, so befehle ich es dir.“  
Er erhob sich, sich auf die Arme stützend, fiel aber sofort wieder kraftlos nieder. Seine Schultern zuckten krampfhaft, und seine Finger verkrampften sich in seinem Haar. Er weinte demütig, schweigend, erschöpft vom

langen Kampf. Und auch ich weinte gemeinsam mit ihm, schwieg und streichelte sein Haar. Das ist gut: soll er nur weinen — die Tränen werden seine Seele rein waschen.

Er richtete sich plötzlich auf, packte meine Hand und preßte sie an die Brust.

„Ich weiß nicht, Galja... ich weiß nicht, wie ich diesen Bruch in meinem Leben aushalten werde... Die Kräfte werden mir versagen... Mir scheint, ich halte es nicht aus... Ich werde weiß der Teufel was anstellen... Wie soll ich leben? Sechs Jahre, Herz an Herz... einen nahen Menschen kann man nicht losreißen... Sie ist doch hineingewachsen in mich... Und jetzt... jetzt ist sie nicht mehr da. Womit hat sie der andere an sich gefesselt? Womit? Womit bin ich ärger als er? Und so rasch... und so leicht... Ach ihr... Weiber!“

„Begriffe ich deine Verzweiflung nicht, Pjotr, so wäre ich von deinen Worten empört. Im Unglück sind die Menschen immer ungerecht, kleinlich und mäkeln an anderen. Leiden macht die Menschen egoistisch. Ich versichere dir, daß Luscha sich nicht weniger quält als du. Sie ist aber eine Frau, und nicht einfach eine Frau, die nur ihrer Sinnlichkeit leht. Nein, Pjotr, das mußt du verstehen: Luscha hat zu lange die Tragödie einer Mutter durchgemacht. Diese Tragödie durchlebtest auch du, ich weiß es, aber nicht so und nicht von dem Standpunkt aus wie Luscha. Begreif doch, Pjotr: Luscha ist nicht schuldig, das weißt du sehr gut, die Mutter in Luscha hat Oberhand bekommen. Sie hielt es nicht aus, Pjotr, und du mußt sie verstehen. Vielleicht war es ihr viel schwerer, über dich hinwegzugehen, als dir, dein Unglück hier zu erleben. Und wenn du krepierst, Pjotr, du mußt in dir die Eifersucht, die Kränkung und den Haß bis zur Wurzel ausreißen. Du bist ein Kommunar; und in deinen Gefühlen — nicht nur in deinen Gedanken — mußt du bis zum Schluß Kommunar bleiben. Luscha ergab sich der inneren Macht der Mutterschaft, in ihrem Verhältnis zu Grischanja ist nichts Häßliches, nichts Verbrecherisches.“  
„O-o-o-o... Galja! Ich bin verloren.“  
Er legte den Kopf auf meine Schulter und knirschte mit den Zähnen.

„Ich habe das schon längst erwartet. Ich wußte, Galja, daß das unvermeidlich geschehen muß.“

Er fiel wieder auf das Stroh zurück, stöhnte und krümmte sich.

„Steh auf, Pjotr, ich bitte dich! Schämst du dich denn nicht? Ich bewunderte dich heute, du beharrst dich so, wie es eines wirklichen Menschen würdig ist — eines neuen Menschen, der zu uns gehört, eines prächtigen Menschen... Du hast mit deinem Benennen einen vollständigen Umsturz im Bewußtsein der Kommune ausgelöst, und jetzt liegt eine ungeheure Verantwortung auf dir: keine einzige falsche Geste, kein falscher Blick, keine falsche Handlung... sonst ist Schluß mit allem. Hörst du, Pjotr?“

„Ja, ich höre... ich weiß... aber ich? Ich selbst, ich leide doch. Was soll ich tun? Ich... denkt denn jemand an mich?“

„Ach, Pjotr, du bist blind. Du hast in deiner persönlichen Erschütterung das Gefühl der Verbindung mit den Menschen verloren. Alle denken an dich, alle bis zum letzten. Luscha, Wjetrow, sie sind zu jedem Opfer für dich bereit. Und ich, bin ich dir denn eine Fremde? Schämst du dich nicht, dich so zu beklagen! Steh auf! Steh auf! Komm mit mir, sonst werde ich schimpfen.“

Er erhob sich schweigend, nahm die Mütze, stülpte sie auf den Kopf und ging gehorsam neben mir her. Ich nahm ihn unter den Arm und preßte mich an ihn. Das kam aus vollem Herzen, das war gut. Er blieb plötzlich stehen, horchte in mich und in sich hinein. Dann seufzte er auf, sein ganzer Körper seufzte auf, und von diesem Seufzer wurde er ganz weich, warm, als wäre er in eine unsichtbare heiße Welle untergetaucht. Diese Welle überflutete auch mich, und mein Herz zog sich vor Zärtlichkeit zu ihm zusammen. Er umarmte mich, drückte mich an sich und ließ mich lange, ohne ein Wort zu sagen, nicht los. Es schien, als wäre ich in ihn hineingewachsen, und auch diese seine Liebkosung war ebenfalls einfach und natürlich wie ein Seufzer.

(Fortsetzung folgt.)

# 240 Millionen pro Jahr

## „verdienen“ die Ruhrkohlenbarone — Reingewinn pro Tonne 3 RM

Im „Deutschen“ vom 25. Januar 1933, dem Organ der christlichen Gewerkschaften, das ausschließlich auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschafts-„Ordnung“ steht, bezeichnet ein offensichtlich ausgezeichnetes Kennzeichen der deutschen Kohlenwirtschaft die heutigen Produktionsgewinne des Ruhrkohlenbergbaues. Er rechnet überstürzt günstig für das Kapital, setzt in allen Zweiteilungen die denkbar höchsten Unkostensätze ein, kommt aber doch trotzdem zu dem schließlichen Nachweis, daß die Kapitalisten

an jeder Tonne Steinkohle mindestens 3 Mark Reingewinn haben.

Wir drucken im Nachstehenden die höchst interessante Berechnung mit einigen Kürzungen ab:

Trotz des weitesten, freilich nicht mehr erheblichen Rückganges der Förderung und des Absatzes gegenüber dem Vorjahre hat sich die geldliche Lage des Ruhrbergbaues im vergangenen Jahre teils infolge der starken Lohnsenkungen, teils infolge des weitest kräftigen Anstiegs der Schichtförderleistung recht günstig gestaltet, so daß der Ruhrbergbau gewinnbringend mit einem zahlenmäßig nachweisbaren erheblichen Gewinn arbeitet.

### Der gesunkene Lohnanteil

Was dabei zunächst die Selbstkosten betrifft, so hat sich beispielsweise der Lohnanteil je Tonne Förderung durch das Ansteigen der Schichtleistung von 1313 Kilogramm im März 1930 auf 1646 Kilogramm im September 1932 und durch die mehrfachen Bergarbeiterlohnkürzungen im gleichen Zeitraum von 6,90 Mark auf 4,30 Mark, also um 2,60 Mark oder 37,7 Prozent ermäßigt. Er lag damit gleichzeitig im September 1932 bereits um 1,64 Mk. oder 27,6 Prozent unter dem Vorkriegslohnanteil vom Jahre 1913. Rechnet man nun für die Beamtengelder rund 1 Mark je Tonne, das heißt den doppelten Satz der Vorkriegszeit, und für den Selbstverbrauch den außerordentlich hohen Satz von 9 bis 10 Prozent der Förderung, so ergibt sich unter weiterer Berücksichtigung der Urlaubsvorgütung ein Betrag für die gesamten Arbeitskosten je Tonne Absatz im September 1932 von höchstens 5,85 Mark. Es mag sein, daß der tatsächliche Satz hierfür noch niedriger ist, doch ist seine genaue Ermittlung nicht möglich, da die Ruhrzechenbesitzer die Angaben hierüber bezeichnenderweise streng geheim halten.

### Geringere Materialkosten

Auch die übrigen Selbstkosten verzeichnen in den letzten Jahren durchweg eine starke Senkung. Das ist insbesondere bei den Materialkosten der Fall. November 1927 stand der amtliche Großhandelsindex für industrielle Rohstoffe und Halbwaren auf 134 Punkten (1913 = 100). Im März 1930 stellte er sich noch auf 125,5 und im September 1932 nur noch auf 88,8 Punkte. Legt man diesen Index auch für die Entwicklung der Materialkosten im Ruhrbergbau zugrunde, so ergibt sich eine Senkung des von Professor Schmalenbach (wie zu hoch) angenommenen Betrages je Tonne Absatz von 2,50 Mark im November 1927 auf 2,34 Mark im März 1930 und auf 1,65 Mark im September 1932. Für den dritten Selbstkostenposten, die sogenannten sonstigen Kosten, in denen vor allem die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung enthalten sind, wird hier in Ermangelung anderer Angaben für den Monat September 1932 ebenfalls der damalige Schmalenbachsche Satz von rund 2,50 Mark in unveränderter Höhe zugrunde gelegt, obwohl die Ruhrzechenbesitzer von der Beitragszahlung zur Arbeitslosenversicherung für die Untertagearbeiter bereits seit längerer Zeit befreit sind.

### Die Selbstkosten

Es ergeben sich dann für September 1932 an gesamten Arbeitskosten einschließlich Beamtengeldern 5,85 Mark, an Materialkosten 1,65 Mark, an sonstigen Kosten 2,50 Mark, und damit an Gesamtselbstkosten je Tonne Absatz rund 10 Mk. gegen 13,40 Mk. im März 1930. Das Selbstkostenkonto der Zeche ist somit von März 1930 bis Dezember 1932 um wenigstens 3,40 Mark je Tonne Absatz oder um 25,4 Prozent entlastet worden.

### Die Erlöse

Wie haben sich gegenüber dieser sehr günstigen Gestaltung der Selbstkosten die Erlöse des Ruhrbergbaues entwickelt? (Hier wird in Ermangelung genauer Angaben der Zechenbesitzer eine ausführliche Berechnung angestellt. Dann heißt es weiter:) Auf diese Weise erhalten wir nun für September 1932 einen Durchschnittserlös des Ruhrkohlenbergbaues von 12,39 Mark je Tonne. Das läßt erkennen, daß trotz der allgemeinen Depression am Weltkohlenmarkt, trotz der durch die Pfundentwertung verursachten Konkurrenz der englischen Kohle und trotz der zweimaligen Senkung der Ruhrkohlerpreise am 1. Dezember 1930 und am 1. Januar 1932 die Durchschnittserlöse des Ruhrbergbaues nach wie vor recht befriedigend sind und vor allem den Ruhrzechenbesitzern einen ganz beträchtlichen Gewinn lassen. Das liegt daran, daß der Ruhrbergbau bei rückgängigem Absatz die seiner Rentabilität drohenden Gefahren stets durch Lohnsenkungen, Belegschaftsentlassungen und Feierschichten immer wieder beseitigt und auf die Bergarbeiter abgewälzt hat, die dadurch unter Lohnausfall, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit leiden müssen.

### Der Gewinn

Dem obigen Durchschnittserlös von 12,39 Mark je Tonne im September 1932 stehen die eingangs ermittelten gesamten Selbstkosten von zusammen rund 10 Mark je Tonne gegenüber. Hieraus ergibt sich für September 1932 ein Durchschnittsgewinn von 2,39 Mark je Tonne (ohne Abschreibungen). Dieser erhöht sich aber noch weiter um die Gewinne aus der Nebenproduktionszeugung, in die freilich genaue Angaben der Zechen zurzeit ebenfalls nicht vorliegen. Setzt man hierfür einmal den Betrag von 0,70 Mark je Tonne ein, der bereits wesentlich unter dem damals von Schmalenbach ermittelten Satz liegt (Bestimmt viel zu niedrig, Red. der „SAZ“), so erhält man einen Durchschnittsgewinn von rund 3 Mark je Tonne, aus dem dann nur noch die Abschreibungen zu bestreiten sind. Die Schmalenbachsche Bilanzanalyse von 20 untersuchten Ruhrzechenbetrieben ergab 1927/28 einen tatsächlichen Abschreibungssatz von rund 1 Mark je Tonne, den auch Dr. Bunde in seinem Sondervotum zu jenem Gutachten unter den damaligen Wert- und Preisverhältnissen für angemessen hielt. Heute dürften die Zechen mit einem wesentlich niedrigeren Abschreibungssatz auskommen.

Soweit die Berechnung im „Deutschen“. Sie ist, wie jeder, der auch nur ein wenig von den Dingen kennt, in allen Positionen den Kapitalisten sehr günstig aufgemacht. Wenn zum Beispiel für Nebenprodukte pro Tonne nur 70 Pfennig berechnet werden, so ist das für die meisten Zechen um ein Vielfaches zu niedrig. Die Abschreibungen dagegen von 1 Mark pro Tonne (das wären für das Ruhrgebiet etwa 80 Millionen Mark pro Jahr) viel zu hoch angesetzt.

Immerhin ergibt sich selbst nach dieser Berechnung bei einem Jahresabsatz des Ruhrkohlenbergbaues von etwa 80 Millionen Tonnen pro Jahr (ohne Abschreibung) ein

Reingewinn von 240 Millionen Mark.

Da zurzeit noch rund 240 000 Bergarbeiter an der Ruhr beschäftigt sind, muß jeder Kumpel pro Jahr dem Unternehmer 1000 Mark Profit schaffen. Das heißt:

Jeder Bergarbeiter wird vom Kapital um mindestens 1000 Mark pro Jahr bestohlen.

So sieht die „Notlage“ der stets jammern-den Kohlenbarone aus. Diesen blutigen Ausbeutern kommt jede Regierung und die Schlichtungsbehörde mit immer neuen Lohnabbauabschiedssprüchen zu Hilfe. Und die reformistische Gewerkschaftsführung weicht „im Interesse der Wirtschaft“ und aus Furcht vor „politischer Erschütterung“ jedem Kampfaus.

Die 200 000 arbeitslosen Kumpels, die am schlimmsten weggekommenen Opfer dieser kapitalistischen Ausbeutung, verelenden in Hunger und erfrieren bei überfüllten Steinkohlenhaldden.

240 Millionen Mark Profit für ein paar Dutzend Großkapitalisten, aber die Bergarbeitergemeinden sind bankrott, schließen die Schulen aus Kohlenmangel, die Bergarbeiterkinder sterben Hungers und erfrieren, weil die Gemeinden nicht mehr Wohlfahrtsunterstützung zahlen können.

Bedarf es angesichts dieser Tatsachen noch eines Nachweises, daß es gegenüber dieser mörderischen kapitalistischen „Ordnung“ keinen Wirtschafts-„Umbau“, kein „Abwarten“, sondern nur eines geben kann?

Einsatz aller proletarischen Machtmittel zum revolutionären Sturz dieses Systems!

Dieser Kampf wird am wirkungsvollsten geführt und eingeleitet mit einer Bewegung für sofortige Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit.

Der Nachweis über die Riesengewinne des Kapitals beseitigt auch die letzten reformistischen Zweifel an der Richtigkeit und Möglichkeit eines derartigen Kampfes. Die Unternehmer haben Geld, sie können weit höhere Löhne zahlen. Es kann eine Arbeitszeitverkürzung auf höchstens sechs Stunden mit vollem Lohnausgleich, ja mit noch weiterer Lohnerhöhung durchgeführt und damit vielen Tausenden von Arbeitslosen Arbeit gegeben werden.

Dafür gilt es sofort den Kampf vorzubereiten.

## Frierende erstürmen Kohlenwagen

### Man wehrtsie ab mit Tränengas und blauen Bohnen — Die Kohlen müssen nach dem Willen der Grubenkönige verderben

e. h. Mit dem plötzlich auftretenden Frostwetter ist das Los der Millionen Wohlfahrtsunterstützungsempfänger fast unerträglich geworden. Die ihnen von den Wohlfahrtsämtern zur Verfügung gestellten Heizmaterialien reichen bei weitem nicht aus, um die Stuben warm zu halten. Im Ruhrgebiet, wo 10 Millionen Tonnen Kohlen auf den Haldden liegen und verwittern, hat diese Lage eine ungeheure Erbitterung unter den Erwerbslosen hervorgerufen. In den letzten Tagen wurde wiederholt gemeldet, daß auf verschiedenen Zechenplätzen von Arbeitslosen der Versuch unternommen wurde, die Kohlenhaldden zu stürmen. Neuerdings ist es nun zu einem ernstlicheren Zwischenfall gekommen, über den der Dortmund „Generalanzeiger“ folgendes berichtet:

„Am Eingangstor der Schachtanlage „Franz“ der Zeche „de Wendel“, am Bauergleis der Hafenstraße, kam es abends in der sogenannten „Froschkolonie“ zu einer Ansammlung von ungefähr 90 bis 100 Personen. Die Menge brach das Tor auf und bog den rund 50 Meter des zwei Meter hohen Eisengitters um. Dann stürzten sich die Leute auf die auf dem Zechenplatz stehenden Kohlenwagen. Sämtliche Seitentüren wurden aufgerissen und ungefähr zwei bis drei Zentner Kohlen entwendet. Den beiden Wächtern wurde erheblicher Widerstand entgegengesetzt. Die Wächter feuerten neun Tränengaspatronen in die Menge, worauf ein Teil der Leute die Flucht ergriff. Der andere Teil der Menge eröffnete ein regelrechtes Feuergefecht auf die Wächter. Dreißig Schüsse sollen abgefeuert worden sein. Die Wächter suchten Deckung hinter den Kohlenwaggons und erwiderten das Feuer. Nach sechs scharfen Schüssen ergriff die Menge die Flucht. Die Vorgänge spielten sich mit solcher Schnelligkeit ab, daß das Polizeikommando des Polizeireviere Herringen nicht mehr eingreifen konnte. Die polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet worden. Von den Wächtern ist niemand verletzt worden. Ob einer der Täter Verletzungen davongetragen hat, konnte nicht festgestellt werden.“

Warum verteilt man nicht die Kohlen an Erwerbslose, anstatt sie auf den Haldden wertlos werden zu lassen? Die Menge friert und sucht sich vor der Kälte zu schützen, so daß es zu derartigen, unnötigen Szenen kommt, bei denen Menschenleben gefährdet werden.“

Dieser Ratschlag ist gewiß gut gemeint, er wird aber auf die Zechenunternehmer wenig Eindruck machen. Eine kostenlose Verteilung der Kohlen an die Unterstützungsempfänger hat für die Zechenbarone eine weitere Einschränkung des Absatzes zur Folge. Das bedeutet einen teilweisen Verzicht auf den Profit. Gerade aus diesem Grunde haben sowohl die Zechenunternehmer als auch

der Kohlenhandel eine Einschränkung der verbilligten Kohlenabgabe vom Kohlensyndikat gefordert. Jeder Bezugsberechtigte erhält nach der Winterhilfe des Ruhrkohlenbergbaues monatlich nur 4 Zentner verbilligte Kohlen. Bei dem jetzigen Frostwetter sind diese geringen Mengen sehr schnell verbraucht. Auf die frierenden Kumpels an der Ruhr müssen deshalb die mit Stacheldrahtverhauen umgebenen Kohlenhaldden wie eine Provokation wirken; zumal ja auch allen bekannt ist, daß diese Kohlen durch ihre lange Lagerung ihren Brennwert verlieren. Die monatliche Entwertung beträgt bei Kohle 4 Prozent, mithin verliert sie in einem Jahr die Hälfte ihres Wertes. Die 10 Millionen Tonnen Lagerkohlen werden also im nächsten Jahre nur noch den Wert von 5 Millionen Tonnen haben.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Produktionsweise kann sich kaum drastischer offenbaren, als es hier geschieht. Das Ruhrgebiet erstickt am Kohlenüberfluß, aber die Arbeiter, die diese Kohlen aus dem Erdinneren an das Tageslicht brachten, müssen frieren!

## Schuldenverhandlungen in Amerika

Die Regierung von USA hat an die englische und nunmehr auch an die italienische Regierungen die Aufforderung gerichtet, Vertreter zwecks Verhandlungen des Kriegsschuldenproblems nach Amerika zu schicken. Wie überlegen sich dabei die USA-Regierung fühlt, geht daraus hervor, daß sie mit jedem Land streng gesondert verhandeln will, um dabei „ein europäisches Übergewicht zu verhindern“.

Die anderen Staaten, die ebenfalls am 15. Dezember die fälligen Schulden bezahlen, werden bestimmt auch noch der Reihe nach eingeladen. Ja, wie verlautet, soll auch mit den Nichtzahlern Frankreich, Belgien u. a. verhandelt werden.

## Neuer Korruptionsfall

Darmstadt, 24. Januar. Der bei dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten, Geschäftsstelle Darmstadt, angestellte SPD-Funktionär Wedel aus Griesheim bei Darmstadt mußte wegen Veruntreuung von Beitragsgeldern der ZdA-Krankenkasse (Berufskrankenkasse der Angestellten) fristlos entlassen werden.

Wie man erfährt, soll ein ganz nettes Sümmechen unterschlagen worden sein.

## Die fünf Sinne Leiparts und die „Metallarbeiterzeitung“

Unter der Überschrift „Die soziale Gensinnung bricht los“ behandelt die „Metallarbeiter-Zeitung“, Nr. 1, die „sozialen“ Phrasen und die unsozialen Taten der Schleicher-Regierung und schreibt zum Schluß:

„So fängt die soziale Tätigkeit der neuen Regierung an. Und wie sie weitergehen wird, darüber läßt der Anfang nicht den geringsten Zweifel. Hat irgend ein Mensch, der seine fünf Sinne beieinander hat, von der Nachfolgerin des Kabinetts der Barone etwas Besseres erwartet?“

Wir fragen hiermit öffentlich die „Metallarbeiter-Zeitung“:

Hat sie mit dem Menschen, der seine fünf Sinne nicht beieinander hat, Leipart gemeint?

Denn der „MZ“ ist doch sicher auch bekannt, daß Leipart in seinem Neujahrsgruß in der Gewerkschaftspresse schrieb:

„Unsere Ideen haben sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr durchgesetzt. Heute versucht die Regierung Schleicher einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen.“

Und weiter, daß Leipart im Organ des Reichsbanners, „Alarm“, im Dezember u. a. schrieb:

„Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß die Regierung Schleicher es ernst nimmt mit ihrem Voratz Arbeit zu schaffen und alle ihre Regierungsmaßnahmen nicht nur ‚mehr oder weniger‘, sondern ganz in den Dienst der Arbeitsbeschaffung stellt. Da sie entschlossen zu sein scheint, aus den schweren politischen und psychologischen Fehlern der letzten Monate zu lernen, und nicht, wie die Regierung Popen, mit hochmütigen Werturteilen über unser tapfer um seine Existenz ringendes Volk um sich wirft, da sie anscheinend ein Gefühl dafür hat, daß der Kampf, den gerade die deutsche Arbeiterschaft in den letzten Jahren gegen die tägliche Not geführt hat, die tiefste Bewunderung verdient, so werden die deutschen Gewerkschaften zunächst abwarten, ob die Taten der Regierung ihren Worten entsprechen werden.“

Wie man sieht, hat Leipart, um mit der „MZ“ zu reden, „von der Nachfolgerin des Kabinetts der Barone etwas Besseres erwartet“. Nach der „MZ“ hat daher Leipart seine fünf Sinne nicht mehr beieinander.

Mag Leipart sich wegen diesem Vorwurf mit der „MZ“ auseinandersetzen.

## Auf dem Mond . . .

„Das Jahr 1932 hat entschieden. Es hat die Entscheidung gefällt über unsere Staatsform und über die im Staate ausschlaggebenden Kräfte.“

Die Republik als Staatsform ist uns erhalten geblieben, und fest steht jetzt auch, daß die Demokratie erhalten geblieben ist als grundsätzliches Recht, das die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen des Staates entscheidet. (Im Original ebenfalls in Fettdruck.)

Beide, Staatsform und Demokratie, waren im vergangenen Jahre schwer gefährdet. Fünfmal haben wir an die Wahlurne treten müssen, um sie zu retten. Erst nach der zweiten Reichstagswahl, die am 6. November vorgenommen wurde, haben sich die Kräfte geschlagen gegeben, die gehofft hatten auf die Ueberwindung der Republik und der Demokratie; der Faschismus und die alten Mächte aus dem kaiserlichen Deutschland der Vorkriegszeit.“

Wo das steht? In keinem Witzblatt, auch nicht in einem Winkelblättchen aus Posermuckel, sondern — in der „ADGB-Frauenzeitung“, und zwar an der Spitze der Nr. 1 des Blattes vom 15. Januar dieses Jahres.

So werden die Arbeiterinnen von Gertrud Henna, der Frauenleiterin im ADGB-Vorstand, „aufgeklärt“. Jeder denkende Arbeiter, der die Auswirkungen der heutigen „Demokratie“ zu verspüren bekommt, muß sich bei dieser Lektüre fragen: Leben die ADGB-Leute auf dem Monde?

## Sozialistische Arbeiterkinderfreunde (SAK)

Bezirk Südwestsachsen

Sonnabend, den 28. Januar, findet um 19 Uhr im Mylauer Jugendheim unsere Bezirkshellersitzung statt.

Tagesordnung:

1. Referat: „Die Aufgaben der SAK“. Referent W. Hiestermann, Planitz.
2. Organisatorisches.
3. Verschiedenes.

Sonntag, den 29. Januar, Spielleiterkursus. Leiter Genosse R. Schneider, Mylau, und Elise Worsch, Zwickau. SAP- und SJV-Genossen können ebenfalls daran teilnehmen.

Der Bezirksvorstand.  
I. A.: W. H.

## Achtung Berlin-Tiergarten

Die Zeitungsaktion am 29. Januar fällt wegen der Demonstration aus und wird auf den 12. Februar verlegt.